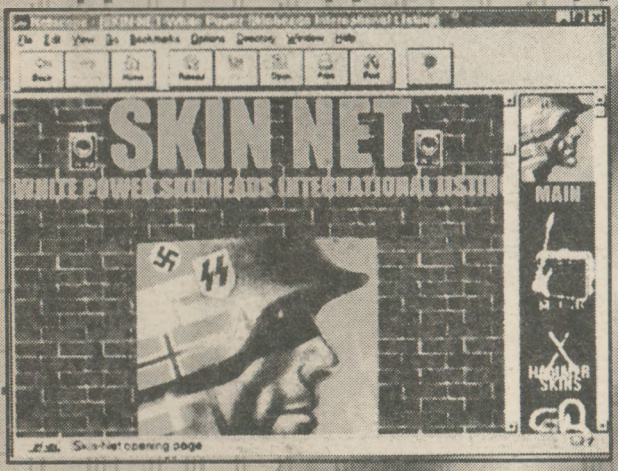
FRENTE

11
1996
Sommer
80 PFENNIGE

DRUCK

antifaschistisches jugendinfo leipzig

BRAUNE PROPAGANDA IM INTERNET



FREE SPEECH FOR FASCISTS?

- JN-Bundeskongreß in Leipzig
- Rechte in der Gruftszene
- Antifa (M) dealt mit dem System
- Verfassungsschutzbericht '95
- Die Eroberung des "deutschen Ostens"

"FRENTE"
c/o Infobüro
Peterssteinweg 13
04107 Leipzig

4 - Im Zeichen des Internet
8 - news von rechts
17 - JN Bundeskongreß in Leipzig
21 - Schwarz-braun ... ? Rechte Gruftszene Teil1
29 - Verfassungsschutzbericht 1995 S a c h s e n
32 - Die Schlacht um den Osten
42 - Die Autonome Antifa (M) dealt doch noch mit dem Staat und spart dabei

IMPRESSUM
Herausgeber:
Antifa Jugendfront
c/o Infobüro
Peterssteinweg 13
04107 Leipzig
V.i.S.d.P.: Frank Stefan (Adresse s.o.)
Eigendruck im Selbstverlag

Wir sind wieder mal randvoll mit brauner Soße...dafür gibts ein paar Fotos mehr und die unschlagbare Offerte des Sommers: Seite 38 beachten, Schere benutzen, bis zum 20.August abschicken, zwei Mark sparen, Service genießen.

· Safoan Eid sitzt immer noch im Knast, die Staatsanwaltschaft hat zwar keine Beweise mehr, aber in Deutschland dauert die Prüfung der „Sachlage" immer etwas länger.

· In Oscewijce (Auschwitz) wird 500 Meter um die Gedenkstätten des Vernichtungslagers nicht gebaut - weder Supermärkte, noch Garagen. Das beschloß die polnische Regierung und machte damit den Spekulationen eines deutsch-polnischen Geschäftsmannes ein Ende, der pietät- und respektlos sein Geschäft neben dem Zentrallager bauen lassen wollte. Darüberhinaus soll im Stadtzentrum ein Touristenzentrum für die Besucher der Gedenkstätte errichtet werden.

· Die Zahl der antisemitischen Straftaten steigt weiter an: 210 registrierte das BKA allein im 1.Quartal '96. Im wesentlichen sind es Volkverhetzungsverfahren, die registriert wurden. Von einer höheren Dunkelziffer ist auszugehen.

Letzte Aktuelle Meldung

Am Freitag und Sonnabend (12. und 13. Juli) zeigt die Antinationale Gruppe Leipzig im HAUS STEINSTRAßE (in der Steintraße 18) den Film SHOA von Claude Lanzmann. In zweimal vier Stunden sprechen Augenzeugen und Überlebende, die als Opfer, Täter, als Zuschauer erlebt und gesehen haben, was in Getthos, Lagern, an Ausgangs- und „End"-punkten der Transporte geschah.

Eigentumsvorbehalt: Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Die Abbildung verfassungsfeindlicher Symbole im Heft erfolgt nur aus dokumentarischen Gründen und nicht im Sinne ihrer inhaltlichen Weiterverbreitung.

Im Zeichen des Internet

Die Nazipropaganda im Internet ist oft nur einen Mausklick von deren Bekämpfung entfernt. Holocaust-Leugner Zuendel liefert sich regelrecht Duelle mit dem Nizkor- Projekt - beide Sites verweisen aufeinander. Nizkor (http://nizkor.almanac.bc.ca) ist die wohl größte Sammlung von Holocaust-Materialien im Internet. Glanzstück ist ein FTP-Server mit 100 MB (!) Texten zum Thema

Die rechtsextreme Szene setzt auf High-Tech: Nach dem Entdecken von Infotelefonen und Handies nutzen auch Neonazis, Faschisten, Rassisten und Holocaust-Leugner das Internet, dem weltweit umspannenden und größten Computernetz, um ihre Propaganda zu verbreiten. Wer sich gegen die braunen Träume von Macht und Gewalt wehrt, wird mit Mordaufrufen und "Hate-Mails" eingeschüchtert.

Doch nicht nur die rechte Szene-Kundschaft kann die Nazipropaganda empfangen, sondern ist all jenen Internet-Surfern zugänglich, die sich auf die eine oder andere Seiten der braunen Rattenfänger verirrt haben. Nicht allein die Wanderung durch die Links und Sites im Internet bringt die Rassenhetze auf den Monitor, eine simple Nachforschung im ganz und gar unverfänglichen Internet-Katalog "Yahoo" fördert die passende Adresse zutage. Wer also unter dem Suchbegriff "Skinheads" Hinweise zu ihrer Entstehung oder Kultur oder zur Bekämpfung derselben erwartet, findet sich unversehens im rechten Sumpf wieder.

Und der scheint im Internet immer weiter um sich zu greifen. Rechtsextreme jeder Couleur finden im Netz eine neue Heimstatt und publizieren fleißig ihre Propaganda. Wer von den Neonazis nur dilettantisch produzierte Schriften kennt, trifft im Internet auf grafische Spielereien, Frame-Technik und Java-Applets. Doch hinter der Hochglanzoberfläche des neuen Mediums stecken altbekannte Inhalte: Vernichtet den Feind, wo ihr ihn trefft -und der ist in der Regel schwarz, jüdisch, links- also alles was dem rassistischen und nationalsozialistischen Wertebild nicht entspricht. Dazu gibt's gleich die richtige Taktik für den Krieg gegen die Feinde und zum "Überleben der weißen Rasse". Megabyteweise können sich Surfer mit solchen Schriften übers Internet versorgen lassen.

Skin-Net opening page

Besonders gern stürzen sich die selbsternannten Gralshüter der Wahrheit auf den Holocaust im 3.Reich. Als große "Leitfigur" der

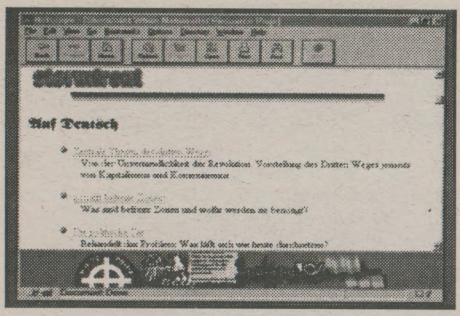
NPD im Internet - Jetzt kommt das Grausen

China und BRD Hand in Hand. Es gibt nur zwei Staaten auf der Welt, die ihren Bürgern den freien Zugang zum weltweiten Computer-Netz Internet untersagen wollen, bzw. kontrollieren wollen, was man sich ansehen und lesen "darf". Es handelt sich dabei um das kommunistische China und die Bonner Republik. In den USA gab es deswegen schon antideutsche Demonstrationen (Motto: "Ist es schon wieder so weit?"), nachdem der hiesige Machtapparat bei Netz-Betreibern Razzien veranstaltete, um den Zugang zu den Zündel-Seiten im Internet zu unterbinden.
US-amerikanische Studenten luden dann sofort die Zündel-Seiten auf die Rechner ihrer Universitäten, um so den Zugriff weiterhin zu gewährleisten. Nicht etwa, weil sie "Rechte" waren, sondern um die Meinungsfreiheit zu verteidigen. Auch jüdische Organisationen in den USA ermöglichten von ihren

Fortsetzung auf Seite B

Holocaust-Leugner ist neben D. Irving der Deutschkanadier Ernst Zuendel (siehe Film "Beruf Neonazi"). Zuendel hat schon vor einiger Zeit mit als erster das Internet und seine Bedeutung erkannt und eigene Sites eingerichtet. Über diese "Zuendel-Site" verbreitet er ungehindert seine Pamphlete, andere Nazipage berufen sich auf Zuendel, wenn es um die Leugnung des Holocaust geht. Anders als bei internen Netzen oder Mailboxen, wo Außenstehende kaum eine Chance haben, dort Daten zu entnehmen, versuchen und wollen hier Rechte eine große Masse von Leuten mit ihrer Propaganda erreichen und stellen Daten zum Download bereit. Es gibt immerhin bis zu 45 Millionen (Tendenz steigend) Internet-Benutzern auf der ganzen Welt. Die internationale Vernetzung ist für die Vordenker der Szene ein wichtiges Mittel, somit auch das Internet, um Gruppen und Einzelpersonen -zumindest ideologisch- zusammenzuführen. Es ermöglicht intensive und schnelle Kommunikation, einschließlich von Diskussionen ohne Ortswechsel. Obwohl das Internet den Rechtsextremisten ein gigantischen Verbreitungsgebiet beschert, ist ihre Zahl überschaubar. Derzeit tummeln sich etwa 40 bis 50 Gruppen mit eigenen Sites im Internet, hinzu kommt eine Dunkelziffer neonazistischer Seiten, die sich auf privaten Homepages bei Online-Diensten niedergelassen haben. Von christlich-fundamentalistischen Gruppen, wie Klu-Klux-Klan bis nationalrevolutionären Faschisten, wie „Stormfront" findet sich alles im Internet. Die Sites sind sehr jugendlich zugeschnitten, neue Nazi-Angebote, wie Literatur und Musiken (v.a. Nazirock) werden beschrieben und bewertet und zum Download bereitgestellt. Wie hoch die Frequentierung der einschlägigen Naziseiten ist, kann allenfalls vermutet werden. Die größte Nazi-Site "Stormfront" läßt einen Zähler mitlaufen, der bislang über 250.000 Zugriffe registriert haben will. Das wäre, gemessen an anderen Sites im Internet tatsächlich ein Erfolg für die rassistischen Gruppierungen. "Klassische Printmedien wie die National-Zeitung kommen bei dieser Zielgruppe einfach nicht an." weiß selbst die "National-Zeitung". Ob die Zahlen der Nutzer als ein Erfolg werten kann, muß man stark bezweifeln, weil diese sich ganz schlecht interpretieren lassen. Auszugehen ist, daß die Zahlen beschönigt und großzügig bemessen sind, weil die Gruppen ihre eigene Bedeutung erhöhen wollen. Außerdem ist das Internet ein teurer Spaß, denn viele Kleingruppen haben weder die nötige Technik noch die Manpower. Aber es sind alle wichtigen Gruppen, die

Eine ebenfalls gute Adresse für Dokumentationen ist das Simon-Wiesenthal-Zentrum in Los Angeles. Die Internet-Abteilung (http://wiesenthal.com) besitzt eine deutschsprachige Sektion und beschäftigt sich darüber hinaus nicht nur mit Nazipropaganda, sondern mit jeder Form des Rassismus in den USA. Eine Übersicht empfehlenswerter Internet-Adressen wie Nizkor und Wiesenthal findet man bei „Anti-Hate of the Net" (http://www.vir.com/Shalom/hatred1.html.). Der Autor bewertet nicht nur neue Anti-Rassismus-Sites, sondern spürt auch deren Gegenstücke nach.



Chat about: Der 3. Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus; Schaffung befreiter Zonen

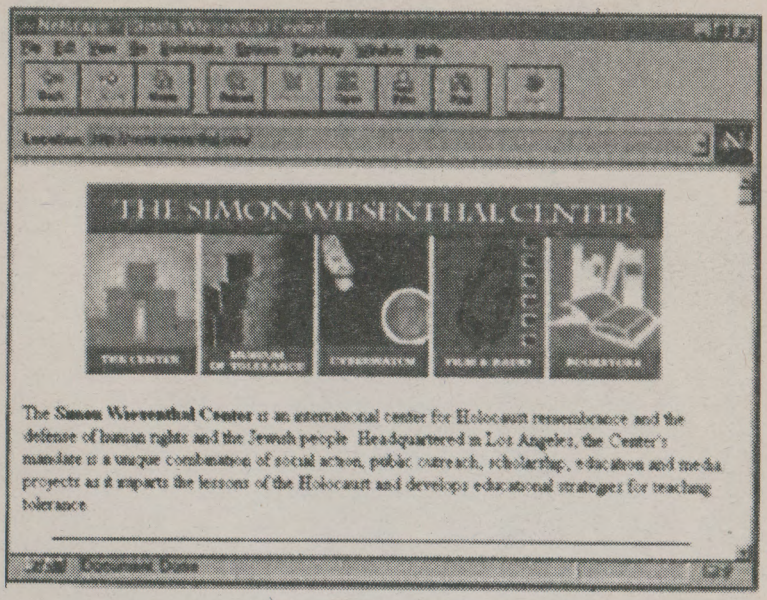
finanzstarke Parteien oder Organisationen hinter sich haben, im Internet vertreten.

Bleibt die Frage, ob und was für Gegenmaßnahmen gegen Rechtsextremisten im Internet eingeleitet werden müßten. Die Netzgemeinde setzt auf Selbstregulierung. Insbesondere in den USA wird jeder staatliche Eingriff in die Meinungsvielfalt des Internet argwöhnisch beobachtet. Wenn dann in Deutschland die Justiz, wie letztes Jahr geschehen (im Zusammenhang mit dem Pornographievorwurf), eine Durchsuchung bei CompuServe vornimmt, fließt in New York deutsches Bier in den Gully. Durch Zensur ist das Problem ohnehin nur bedingt in den Griff zu bekommen: Rechtsradikale Seiten werden auf andere Server kopiert und können so trotz Adressensperrung durch den Provider ungehindert abgerufen werden. Gerade US-Provider sehen keinen Anlaß, bei den bei ihnen angelegten Seiten eine Zensur durchzuführen. Um die braunen Brüder in Europa kümmert man sich ohnehin gern, haben sie es doch vergleichsweise schwer, ihre Aktionen ins Internet zu verlegen. Zum einen hindern sie die heimische Strafverfolgung, zum anderen mangelt es ihnen an die schon genannte finanzielle Unterstützung. Da weder in den USA, in Kanada noch in den meisten skandinavischen Ländern Gesetze gegen Volksverhetzung existieren, ist es nicht verwunderlich, daß sich dort die meisten rechtsextremistischen Sites befinden. Einigen Sites gibt es in deutscher und sogar in spanischer Sprachausgabe. Hier in Deutschland ist die rechtliche Lage so, daß die Verfasser dieser Machwerke nur dann gefaßt werden könnten, wenn sie die Daten in Deutschland einspeisen würden. Einige Juristen hierzulande wollen den Hebel bei den hiesigen Provider und Online-Diensten ansetzen. Die Anbieter des Internet sollen in die Pflicht genommen werden, die rechtsradikalen Sites sperren zu lassen. Die Argumentation: „Anders als die Post, die nur den Transport von Informationen übernimmt, haben die Provider positive Kenntnis der Inhalte,

Ernst Zündel im Net

die sie anbieten. Wenn sie Nazi-Sites zugänglich machen, ist das somit Beihilfe zur Volksverhetzung." Innerhalb der Bundesregierung ist die Verantwortlichkeit von Online-Diensten und Providern jedenfalls umstritten. Das Bundesjustiz ministerium möchte laut Pressesprecher Böhm „die Provider künftig nur für diejenigen Dinge verantwortlich machen, die auch ausschließlich in ihrer Verantwortung stehen." Online-Dienste wie CompuServe müßten dann die Homepages ihrer Mitglieder auf strafverfolgungswürdige Inhalte abklopfen, allerdings nicht das gesamte Internet zensieren. Der gesetzgeberische Handlungsbedarf wird zur Zeit auch an anderer Stelle geprüft. Unter der Federführung des Bundesinnenminister Manfred Kanther fand am 16.April das zweite Internet-Forum zum Thema „Technische und rechtliche Ansätze gegen kriminellen Mißbrauch" statt. Ein Ansatz ist es, der auch favorisiert wird, daß die Anbieter des Internet-Zugangs Listen über ihre Nutzer führen. In diesen Listen wäre jede Internet-Adresse, auf die ein Nutzer zugreift, aufgeführt. Sind darunter extremistische oder kriminelle Sites, läuten beim Staatsanwalt die Alarmglocken. Über diesen Ansatz versucht die Bundesregierung einen Fuß in das Internet zu bekommen. Hier sollen Gesetze geschaffen werden, um das Internet teilweise zu kontrollieren. Weiterhin ist es zweifelhaft, ob so ein Eingriff in das Persönlichkeitsrecht durchsetzbar und wünschenswert ist. Alle Internet-Benutzer könnten so kontrolliert werden, mißliebige abgeschaltet werden.

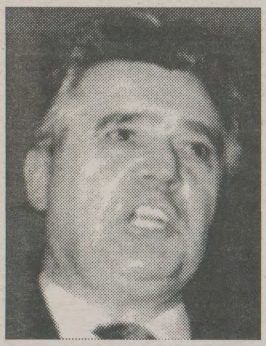
Derweil nutzen die Rechtextremisten die „Anarchie" und Demokratie des Netzes, die sie als System bekämpfen. Viele Nazi-Sites schmücken sich heuchlerisch mit dem „Blue Ribbon of Free Speech", dem Zeichen der Aktion gegen Zensur im Internet (was aber auch sehr umstritten ist). Ernst Zündel geht sogar noch weiter: Er fühlt sich durch deutsche Behörden so sehr bedroht, daß er im Internet sogar schon Amnesty International um Hilfe gebeten hat



Web-Site des Simon Wiesenthalcenters

Detaillierte Informationen über rechtsextremisten im Net bieten die Broschüren „The Web of Hate. Extremists exploit the Internet" und „Research Report. Hate Group Recruitment on th Internet". Die Broschüren sind bei der „Anti-Defamation League" (ADL), 823 United Nations Plaza, New York, NY 1007 USA zu beziehen.

NEWS VON RECHTS



Bürgermeister von Wurzen, Anton Pausch: „Bei jedem Volksfest gibt es eine Rauferei"

„SoKo Rex" ermittelte in Wurzen

Mit den Worten „bei jedem Volksfest gibt es eine Rauferei" kommentierte Anton Pausch, Bürgermeister in Wurzen, in der *Süddeutschen Zeitung* einen Überfall von Neonazis auf ein Jugendzeltlager in Bennewitz bei Wurzen am Himmelfahrtstag (17.Mai). Der Trainer einer hessischen Fußballmannschaft, die bei dem Zeltlager zu Gast war, mußte mit Kieferbruch und Verdacht auf Halswirbel- und Rippenbrüchen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Weiterhin wurden mehrere Personen teilweise schwer verletzt und neonazistische Parolen („Hißt die rote Fahne mit dem Hakenkreuz" und „Wir scheißen auf die Freiheit des Judenstaates") gerufen. Die Polizei benötigte 20 Minuten bis zum erscheinen. 1Die Sonderkommission Rechtsextremismus sah dies Tage später etwas differenzierter und durchsuchte aufgrund der Vorfälle die Heime von elf Faschisten (im Alter zwischen 14 und 21). Gegen sie wird wegen „schwerer Körperverletzung" und „Verstoßes gegen § 86a StGB" (Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) ermittelt. Außerdem seien bei der Razzia „diverse Gegenstände" (Waffen und neonazistisches Propagandamaterial) beschlagnahmt worden. Haftbefehl wurde letztlich gegen einen 19jährigen beantragt. Desweiteren wurde auch gegen die damals anwesenden untätigen Beamten der Wurzener Polizei (zu ihnen gehört der Vater von Markus Müller, dem Oberneonazilutscher) ermittelt.

Zum „Haus" in Wurzen

Im letzten FRENTE berichteten wir über den ersten Presseartikel, der auf das seit Oktober 95 genutzte Faschohaus in der Käthe-Kollwitz-Straße in Wurzen. Aufgrund dieses Artikels in der Muldentalzeitung stellte der SPD-Landtagsabgeordnete Schulmeyer eine kleine Anfrage an den Landtag. In der Antwort vom Innenminister heißt es: In Wurzen existiert eine ausgeprägte, zunehmend von der NPD beeinflußte rechtsextremistische Szene, die neben einem harten Kern von Aktivisten ein beachtliches Mobilisierungspotential besitzt. Diese Szene trifft sich seit Oktober 1995 mit Billigung des Eigentümers vorwiegend auf dem betreffenden Grundstück in der Käthe-Kollwitz-Straße. Insbesondere rechte Skinheads und sonstige militante Rechtsextremisten nutzen dieses Gelände für Zusammenkünfte und Veranstaltungen. Dabei treffen sich in der Regel 20 bis 40 Personen. Bei größeren Veranstaltungen kommen bis zu 300 Personen auch aus anderen Bereichen Sachsens zusammen."
Etwas anders schätzt der stellvertretende Bürgermeister Jürgen Schmidt die Situation in Wurzen ein. In einer Presseerklärung „Wer organisiert in

Faschisten in Quedlinburg ihre Saison eröffnet. Nachdem in den Letzten Jahren von den Faschos regelmäßig versucht wurde, daß alternative Kulturzentrum Reichenstraße 1 zu überfallen, was zwar bisher immer abgewehrt werden konnte, aber meistens heftige Straßenkämpfe zwischen Antifas, Faschos und Bullen nach sich zog, versuchten sie es Himmelfahrt 1996 erneut.

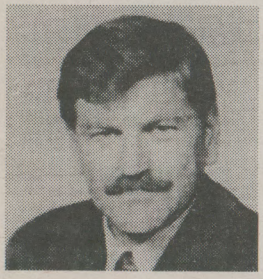
Bereits den ganzen Tag kam es mehrfach zu Übergriffen von Faschos, die auf nahezu alles einschlugen was ihnen über den Weg lief. Gegen 21.00 Uhr kamen fünf Faschos in das Café des Kulturzentrums. Als sie feststellten, daß das Café nur von wenigen, meist sehr Jungen Menschen besucht war, riefen sie per Handy ihre Kameraden. Daraufhin stürmten ca. 40 bewaffnete Faschos in das Café. Die BesucherInnen Konnten nur deshalb über den Hinterhof entkommen, da der Haupteingang verschlossen war und die Faschos in den Nebeneingang eindringen mußten. Die gesamte Einrichtung des Cafés wurde daraufhin von den Faschos zerschlagen, Heizkörper von den Wänden gerissen und die Eingangstür Zerstört. Das Café sah aus wie ein einziges Schlachtfeld. Ein sehr junges Mädchen mußte mit einem Schock in das städtische Krankenhaus eingeliefert werden. Laut Presseangaben beträgt der angerichtete Schaden ca. 15.000 DM.

Die Bullen beobachteten den Überfall und konnten zwei Faschos festnehmen, gegen einen wurde Haftbefehl erlassen. Im weiteren Verlauf des Abends wurden ankommende Antifas von den Bullen bedrängt, obwohl ca. 200 m weiter (am JC „Kleers") die Faschos weiter pöbelten und sogar mit Steinen und Molotowcocktails in Richtung des Kulturzentrums warfen. Die Bullen kommentierten das mit den Worten: „Unser Einsatzbefehl liegt hier und nicht da oben!" Trotz des stärker werdenden Bullenaufgebots kam es noch zu kurzen aber sehr heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem anwachsenden Faschomob und ca. 15 Antifas. Nach dem Eintreffen von Sondereinheiten der Magdeburger Bullen, wurden alle Zufahrtsstraßen zur Reichenstraße von den Bullen komplett abgeriegelt. Menschen die noch in die Reichenstraße wollten, wurden mit den Worten: „Hier findet gerade eine Straßenschlacht statt, hier kommen Sie nicht durch!", zurückgewiesen. Die Bullen bildeten in der Reichenstraße zwei Ketten, eine Kette von ca. 10 Bullen gegen die Faschos und eine Kette von ca. 30 Bullen gegen die Antifas und die CafèbesucherInnen. Diese, die Opfer des Überfalls, wurden von Bullen ständig provoziert und bedroht, es wurde sogar versucht Antifas grundlos festzuhalten, was jedoch verhindert werden konnte. Später räumten die Bullen unter Beifallsgebrüll der Faschos die Straße vor

Auch das ist völliger Rotz ... fragt sich nur, woher sie das Foto hatten.

dem Kulturzentrum und sprachen Platzverweise aus.
Zudem nervte der herbeieilende total besoffene MdL Karsten Knolle (CDU) die Antifas mit seiner Anwesenheit und seinen unzusammenhängenden Kommentaren. Er stellte sich später in der Presse als Friedensengel dar, der die Krawalle geschlichtet hätte.
Überhaupt berichtete die Presse wieder mal von „Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Jugendgruppen" und lobte das „besonnene Verhalten" der Bullen.
Am darauffolgenden Sonnabend konnten die Bullen dann erneut gegen Antifas vorgehen. Eine Spontandemo von ca. 100 Menschen gegen den Überfall der Faschos und deren augenscheinliche Sympathie bei den Bullen, sollte im Vorfeld schon durch massive Gewaltabdrohung von Seiten der Bullen verhindert werden. Trotzdem wurde die Demo durchgesetzt, jedoch immer wieder von Bullen provoziert. Ca. 20 bewaffnete Faschos hatten sich am JC „Kleers" versammelt und wurden von insgesamt 3 Hundertschaften Bullen beschützt. Dementsprechend haßgeladen war dann auch die Demo.
Jetzt ist das Klima in Quedlinburg wieder extrem aufgeheizt, die Saison hat begonnen.
Doch trotz Fascho- und Bullenterror, unser Kampf geht weiter!
Keinen Fußbreit den Faschisten hier und anderswo!
Antifa Ha/Qu

Neuer Vorsitzender der NPD



Udo Voigt, neuer Bundesvorsitzender der NPD . Der ex-Chef Günter Deckert bleibt weiterhin für ein Jahr und acht Monate in den Bau: wegen Beihilfe zur Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener

Beim Bundesparteitag der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD) am 23./24.3.96 im rheinisch-pfälzischen Bad Dürkheim wurde ein neuer Bundesvorstand gewählt. Durch die Absetzung Günter Deckerts im vergangenen Herbst waren die Neuwahlen erforderlich geworden.
Der seit Juni 1991 amtierende und vergangenen Juni im Rahmen des NPD-Bundesparteitags im niederbayrischen Neukirchen wiedergewählte Günter Deckert (56) verlor in einer Stichwahl gegen den bayrischen Landesvorsitzenden Udo Voigt (44). Zu Voigts Stellvertretern wurden neben dem inhaftierten Deckert Jürgen Schön , stellv. Landesvorsitzender von Sachsen und Unterzeichner der „Pullheimer Erklärung", und Udo Holtmann, Landesvorsitzender von Nordrhein-Westfalen, gewählt.
Neben dem Leipziger Jürgen Schön kandidierten auch andere bekannte sächsische NPD Funktionäre für eine Funktion im Parteivorstand. Neben dem Landesvorsitzenden Sachsens der NPD Torsten Keil waren dies z.B. Uwe Leichsenring, Kreisschatzmeister aus Bad Schandau, Stefan Giemsa, Kreisvorsitzender aus Altenberg und der Leipziger stellv. Landesvorsitzende Winfried Petzold.
Der Parteitag der NPD sprach sich für eine gemeinsame Wahlplattform für die nächsten Bundestagswahlen unter dem Arbeitstitel „Bündnis für Deutschland" aus. Dazu sollen auch die DVU und die Republikaner gehören.

Rechtes Sammlungstreffen der DSU in Halle

Am 16.6. fand in Halle eine Veranstaltung unter dem Titel „Für eine nationale Zukunft" in einem freien Europa" statt. Organisiert und angemeldet hatte die Veranstaltung die DSU, aber auch in der rechtsextremen Zeitschrift Nation Europa hatte dafür geworben. Stargast war der ehemalige Friedensforscher Alfred Mechtersheimer, der seit Jahren in der rechtsextremen Szene unterwegs ist. Außerdem anwesend waren der DSU-Bundesvorsitzende Roberto Rink, der sachsen-anhaltinische Landesparteichef Joachim Nothdurft, Ex-CDUler und Ex-Republikaner Ekkehard Birkholz und Freifrau Schrenk von Notzing, stellvertretende Bundesvorsitzende der „Bundes Freier Bürger"(BFB). Auch der Finanzdezernent des Landratsamtes Quedlinburg, Jürgen Woyczinski, dessen Dezernat auch das für Demonstrationen zuständige Ordnungsamt untersteht, wurde gesichtet. Der ehemalige Berliner Polizeipräsident und jetzige Leiter der Zentralen Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungsbedingte Kriminalität (ZERV), Manfred Kittlaus, war zwar anwesend, seinen geplanten Vortrag unter dem Titel „Nationalliberale Politik in Deutschland" hielt er jedoch nicht. An Infotischen lag Material der „Jungen Freiheit", der JSU (Junge Soziale Union), des Bundes mittelständiger Unternehmen, des BFB, des Bundes der stalinistisch Verfolgten, des Kalten-Kriegs-Fossils Hilfe von Drüben und des Stadtjugendamtes Leipzig aus. Joachim Nothdurft brachte das Anliegen der Veranstaltung auf den Punkt: Es gehe darum, „Kräfte, die wie wir sozial und national eingestellt sind, zusammenzuführen und ihre Einflußmöglichkeiten in der Politik zu verstärken". In einem in Halle verteilten Spendenaufruf heißt es, die DSU kämpfe „für den Erhalt unseres Vaterlandes und einer deutschen Zukunft für unsere Enkel". „Der von außen unmerklich den Deutschen auferlegte Zeitungeist und die Deformation unserer Jugend durch die sogen. 68er Revolutionäre muß zurückgedrängt werden."

Ca. 40 Antifas hatten zunächst versucht die Veranstaltung zu stören. Als sie gerade den Saal verließen, ging die Polizei mit Schlagstöcken gegen diese vor. Dabei wurde ein jugendlicher Antifaschist am Kopf schwer verletzt.

Quelle: junge Welt , 20.6.96

Protest von Antifas während der DSU-Veranstaltung

Alfred Mechtersheimer

Vatertag-Faschotag

In Leipzig gab es am Himmelfahrtstag einen brutalen Überfall von 25 bis 30 rechtsradikalen Hooligans auf eine Gruppe von etwa 10 bis 15 Punks und anderen linksgerichteten Jugendlichen im Johannapark. Während die anderen flüchten konnten, wurde ein 15jähriges Mädchen von etwa 5 Hools brutal zusammengetreten und mit herumliegenden Flaschen und durch die von den Rechtsradikalen mitgebrachten Stuhlbeine auf den Kopf geschlagen. Das Opfer mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Die nach wenigen Minuten eingetroffene Polizei verfolgte die Täter nicht. Einen Tag vorher wurden Auseinandersetzungen in der Leipziger Innenstadt durch massive Polizeipräsenz verhindert, nachdem die sich dort treffenden Jugendlichen an die Polizei gewandt hatten, um Schutz vor angekündigten Angriffen Torgauer, Altenburger, Wurzner und Leipziger Faschos zu erhalten. Schon einige Wochen vorher hatte sich ein ähnlicher Zwischenfall ereignet, bei dem ein Jugendlicher mit Lungenriß und Rippenprellungen im Krankenhaus behandelt werden mußte.

Hakenkreuze auf Schultüren gesprüht

Die Eingangstüren einer Schule in der Weißestraße (Stötteritz) wurden am 11.6. mit Nazi-Symbolen beschmiert. Mit schwarzer Farbe hatten unbekannte Täter mehrere Hakenkreuze und SS-Runen auf das Holz gesprüht. Die Kripo nahm die Ermittlungen auf.

Fünf Jahre Deutschland sind Anlaß genug, Rückschau zu halten. In dieser Dokumentation versuchen Leipziger AntifaschistInnen, die Aktivitäten von FaschistInnen, NeofaschistInnen und anderer Rechtsradikaler in ihrer Stadt Revue passieren lassen. Diese Broschüre ist hauptsächlich als Arbeitsmaterial gedacht.

Bestellung und Versand

Ein Exemplar kostet 4,-DM + 1,50 DM Porto. Zahlbar nur als Vorauskasse in Bargeld (bitte keine Schecks, Postanweisungen, Einschreiben etc.). Für WeiterverteilerInnen kosten
5 Exemplare 20,-DM (incl. Porto)
10 Exemplare 35,-DM (incl. Porto)
Ab 20 Stück kostet das Heft 3,-DM + 5,-DM Porto
Bestelladresse: Leipzig ganz rechts; c/o Infobüro; Peterssteinweg 13; 04107 Leipzig

Veranstaltung von „Corps Lusatia“

Über die deutsche Asylpolitik sprach am 5.6. 96 Hans Georg Dusch, Präsident des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Nürnberg, Alter Herr des Corps Lusatia im Haus dieser Studentenverbindung in der August-Bebel-Straße. Anwesend waren auch ca. 40 Personen, die die Asylpolitik nicht so gut finden. Die Männer von Lusatia riefen deshalb die Polizei. Dabei gab es ein kleines Durcheinander, da die Polizei erst die Hintertür eintrat und dann nicht so richtig wußte, wen sie nun rausschmeißen sollte und wen nicht. Verwirrung gut, alles gut!

Gedenkstein geschändet

In den frühen Morgenstunden des 22.Aprils ist der Gedenkstein für die jüdischen Opfer der faschistischen Gewaltherrschaft in der Pfaffendorfer Straße/Ecke Parthenstraße geschändet worden. Der oder die Täter hatten eine Büchse mit grauer Farbe in einem Stoffbeutel auf den Gedenkstein gelegt, so daß die Farbe auslaufen konnte.

Nazischmierereien in Gohlis

In der Nacht zum 5.Mai brachen Unbekannte in das Haus des Hundesportvereins in der Gohliser Kirschbergstraße ein. Wände und Tische wurden mit Hakenkreuzen, SS-Runen und „Sieg Heil“ beschmiert. Ob die Hunde nicht reinrassig sind...?

Staat-Faschisten-Filz auch in Gerichshain

Am 20. April feierten ca. 200 Faschos den Hitlergeburtstag im Jugendclub Gerichshain. Die Veranstaltung dauerte bis vier Uhr morgens. Die Polizei, die schon den ganzen Tag über in Gerichshain präsent war, schritt nicht ein. Angemeldet hat die Veranstaltung höchstwahrscheinlich der Fascho Peter Grünberg aus Gerichshain. Er sagte dem Bürgermeister, dort solle eine Geburtstagsparty für einen Kumpel stattfinden. Den ganzen Tag über war zu beobachten, wie sich Gruppen von bis zu 40 Personen in Richtung Gerichshain bewegten. „Die marschierten in Reih' und Glied, sangen Lieder“, berichteten Zeugen gegenüber LVZ. Da diese Veranstaltung auch einigen Anwohnern unangenehm war und

Was geht ab?

Die Antifa-Nachrichten-Doku

Jeden Monat gibt diese Zeitung einen Überblick über rechtsextreme Aktionen und Strukturen, über antifaschistische Aktivitäten und zum Thema Asyl.
Die "Was geht ab?" ist ein Blatt für aktive Antifas und Interessierte. Mit jeweils über 100 Berichten wird ein möglichst großer Überblick geboten, der das Durcharbeiten anderer Zeitungen erspart.
Eine Probenummer für 3,50 kriegste hier:

Was geht ab?
Postfach 110 331
10833 Berlin

WE GOTTA TAKE THE POWER BACK!

BENEFIZPARTY FÜR KAHINA & FRENTE IM KÖNICH HEINZ AM 13. JULI AB 21 UHR MIT SYSTEMKRITISCHEN BUFFET, TODESVERACHTENDER MUSIK, COURAGIERTEM VIDEO UND UNDOGMATISCHEN ÜBERRASCHUNGEN

weil die Presse über die Party berichtete, fand eine Woche später eine Aussprache mit Vertretern der Gemeinde statt. Doch bestand für die Gemeinde, insbesondere für den Bürgermeister, das Problem nicht darin, daß in seinem Ort die größte Hitlergeburtstagsfeier in Sachsen stattfand, sondern darin, daß so eine Party nun einmal nicht ohne Lärm abgeht. Auch der Geschäftsführer der neben dem Jugendclub liegenden Gaststätte „Kastanie" beschwerte sich. Zitat : „Soll ich euch mal sagen, wieviel Einbußen wir an diesem Tag hatten, weil sich die Gäste belästigt fühlten - über 1100 Mark." Er machte den Faschos ein Angebot, wie man gut miteinander klarkommen könnte: „Wir machen einen Versuch, ihr könnt die „Kastanie" für eine Fete nutzen. Geht's schief, war das das letzte mal, geht's gut, seid ihr auch weiterhin willkommen." Auch der Bürgermeister ließ sich nicht lumpen. Da so ein Jugendclub mitten im Dorf ein ungünstiger Ort ist, wegen Anwohner und so, sucht er nach einem günstigeren Ort für den Club.

Nazikonzert in Ramsla

Im thüringischen Ramsla sind am 15.Juni 127 braune Dumpfbacken nach „Sieg-Heil"-Rufen in Unterbindungsgewahrsam genommen worden. Der Großteil der insgesamt 150 Plödies im Alter von 15 bis 30 Jahren hörte selbst bei Anwesenheit der Polizei nicht au,f im Chor zu brüllen. Die Polizei brach daraufhin die Veranstaltung ab. Die Staatsanwaltschaft hat nun Ermittlungen gegen die aus Hessen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Bayern, Berlin und Thüringen angereisten Nazis aufgenommen.

NPD-Kundgebung in Gotha

Drei rechte Jugendliche nahm die Polizei bei einer NPD-Kundgebung in Gotha am 15.Juni fest. Zwei der Nazis hatten an ihren Klamotten Kennzeichen der Hitlerjugend angebracht. Die Kundgebung war vom Landrat des Landkreises Gotha verboten worden. Dagegen hatte die NPD Beschwerde eingelegt. Das Oberverwaltungsgericht widerrief das Verbot propmt!

Polizei schützt rechte „Sonnenwendfeiern"

Am 22.Juni schützte die Polizei erfolgreich eine Sonnenwendfeier von 60 bis 70 Faschisten aus Thüringen und Oberfranken auf dem Jenzig in Jena. Ein Polizeisprecher bestätigte, 61 Personen im Alter zwischen 14 und 30 Jahren wegen „zu erwartender Straftaten" (Behinderung der Feier) in Unterbindungsgewahrsam genommen zu haben. Die Faschoveranstaltung lief somit ungestört ab.

Bei Protestaktionen gegen die Tagung und eine „Sonnenwendfeier" von Nazis in Hetendorf bei Celle sind am 20.Juni vorübergehend 56 Menschen festgenommen worden. Es kam weiterhin zu massiven Auseinandersetzungen von ca. 400 Antifas mit der Polizei, die stark bemüht war, das Nazizentrum zu schützen.

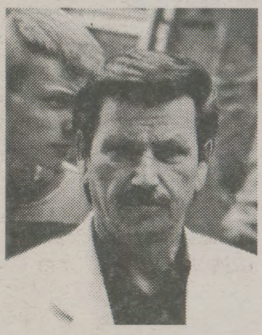
Bundeskongreß der Jungen Nationaldemokraten in Leipzig

400 Leute demonstrieren gegen den von der Polizei geschützten JN Bundeskongreß

Nach den Verboten von Fascho-Parteien in den letzten Jahren, hat sich die NPD und ihre Jugendorganisation die JN zunehmend zu einem Sammelbecken der Faschos entwickelt. Den Jungen Nationaldemokraten kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, haben sie sich doch bereits vor einiger Zeit zu einer Kaderorganisation umstrukturiert.

Für den „25. ordentlichen Bundeskongreß der JN" wurde am 25.-26. Mai 1996 nach Leipzig mobilisiert. Stattgefunden hat dieser im „Siedlerheim" in Meusdorf, einer Gartenkneipe, in der bereits im Frühsommer 1992 die DVU eine Veranstaltung durchführte.

Aus Angst vor Antifa-Aktionen gab es für die Teilnehmer, die aus dem ganzen Bundesgebiet anreisten, einen Schleusungspunkt am Samstag in der Zeit von 10.30 - 11 Uhr am Parkplatz vor dem Völkerschlachtdenkmal. Dieser wurde nach Augenzeugenberichten von Dresdner Faschos betreut,



Besucher des JN-Bundeskongresses

welche bereits eine Stunde vorher vor Ort waren.
Mittelpunkt des „internen Arbeitskongresses" waren nach JN-Angaben die Neuwahlen des Bundesvorstandes. Außerdem standen Ansprachen von Udo Voigt, dem neuen NPD-Bundesvorsitzenden und Prof. Klaus Weinschenk, ehem. Landesvorsitzender der Berliner REPs auf dem Programm. Desweiteren gab es „Foren" zu diversen Themen. Jürgen Distler sprach zum „Kaderverständnis", Andreas Storr aus Berlin zur Basisgruppenarbeit und Achim Ezer zu Thesen der „nationalen Volkswirtschaft". „Praxisbezogene Schulungen" behandelten die Probleme „Selbstverständnis der JN", Verhaltensweisen und die Zusammenarbeit der einzelnen JN-Verbände. Der Samstagabend stand außerdem ganz im Zeichen „eines großen kulturellen Gemeinschaftsabends" unter der Leitung von Jörg Hähnel, wo Faschobarde Frank Rennicke in die Saiten haute. Nach Augenzeugen sollen daran etwa 130 Faschos aus unterschiedlichen Zusammenhängen teilgenommen haben, bei dem Arbeitskongreß blieben

die Teilnehmerzahlen weit unter Hundert. Für die Abendveranstaltung wurde ebenfalls der Schleusungspunkt am Völkerschlachtdenkmal, diesmal von 18.30 - 19 Uhr, angegeben. Die Übernachtung der Faschos erfolgte zum einen in einem Arbeiterwohnheim in Schönefeld und in dem bekannten Faschohaus in Wurzen, welches, entgegen Polizeiberichten in der Presse, weiterhin genutzt wird.
Der Kongreß ging dann am Sonntag gegen 16 Uhr zu Ende.

Die Antifa-Aktionen
Bei der Vorbereitung der Gegenaktionen war, aufgrund der zu erwartenden massiven Polizeipräsenz, davon auszugehen, daß man den Kongreß im günstigsten Falle be- aber nicht verhindern könne. Dennoch gab es am frühen Samstagmorgen über siebzig Leute, die an einer Blockade des Siedlerheimes teilnahmen. Anwesender Fascho-Saalschutz und Polizei schienen trotz des recht auffälligen Anmarsches dennoch etwas überrascht. Die etwa 40 Polizisten mußten sogar erst noch ihre Turtles-Kostüme anlegen, schafften es aber leider dennoch, die Blockade am betreten des „Siedlerheimes" zu hindern. Die Antifas blieben so, vorerst von der Polizei geduldet, vor dem Eingang des Gebäudes. Als die Kongreßteilnehmer dann gegen 11 Uhr eintrafen, machte sich die Polizei jedoch sogleich eifrig daran den Eingang freizuknüppeln. Dabei kam es zu einer Verhaftung nach altbekanntem Muster. Gegen Mittag wurde von den Antifas entschieden, die Blockade abzubrechen, weil aufgrund des massiven Polizeischutzes eine weitere Behinderung vor Ort unmöglich war. Im Nachhinein gab es von einigen BlockadeteilnehmerInnen Kritik am Verhalten anderer. Wir wollen an dieser Stelle nicht meckern, haben uns aber überlegt, in einem der folgenden Heften die Überlegungen, die im Vorfeld zur Durchführung der Blockade gemacht wurden, noch einmal zu Papier zu bringen, weil wir denken, das diese auch in Zukunft von Bedeutung sind.

Holger Apfel, JN-Chef

Udo Voigt, NPD-Chef

Andreas Storr, ehem. Bundesvors. der JN

Eine Demonstration unter dem Motto „Gegen den JN-Kongreß - Faschistische Strukturen zerschlagen!" fand dann am selben Tag statt. Etwa 400 Leute demonstrierten von der Innenstadt zum Connewitzer Kreuz. Obgleich die Demo mit der für Leipzig mittlerweile typischen Stille ablief, kamen doch mehr, als im Vorfeld erwartet. Interessant wurde es noch einmal am Connewitzer Kreuz, wo die Demo genau vor den Massen des „Wave- und Gothic-Treffen" endete. Kommentare, wie „Ach Politik? Das geht mich ja nichts an" sprechen da für sich.
Mindestens genau so peinlich war dann das Katz- und Maus-Spiel einiger Demoteilnehmer (das Klischee bedienend mit Bierdose) mit der Polizei über die Vorherrschaft auf der Kreuzung. Prinzipiell ist es in bestimmten Momenten schon o.k. die Polizei zu ärgern, aber die Leute hätten ja auch früh zur Blockade kommen können und was für ihren Adrenalin-Kick tun können...

Weinschenk, ehem. REP-Chef in Berlin

Was bleibt?
Bei aller frustrierten Stimmung im Nachhinein, können wir uns dennoch vor Augen halten, daß die JN ihren Bundeskongreß nur durchführen konnte, weil sie von der Polizei so massiv geschützt wurde. Sowohl die Blockade, als auch die Demo waren sichtbare Zeichen an die Faschos und es ist gut, daß sie gemerkt haben, daß wir solche Treffen nicht einfach an uns vorbeilassen.
Gleichzeitig ist die Tatsache, das der JN-Kongreß ausgerechnet in Leipzig stattfand, ein deutliches Zeichen, daß die Faschos hier vor Ort sich wieder verstärkt organisieren und das vor allem auch mit einem überregionalen Hintergrund. Die zunehmende Vernetzung zwischen den Leipziger und Wurzener Faschos wurde auch an diesem Wochenende sichtbar. Die NPD ist dabei mit dem neuen stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden Jürgen Schön aus Leipzig und dem Wurzener NPD-Kader Markus Müller stets mit von der Partie und hält maßgeblich die Fäden in der Hand.
Der Polizeischutz für den JN-Kongreß hat außerdem wieder einmal deutlich gezeigt, daß man von staatlicher Seite nicht interessiert ist, die sich festigenden Faschostrukturen in Leipzig und Wurzen zu behindern oder gar zu zerschlagen. Mit dem Schutz dieses Treffens hat die Polizei den Faschos bei ihrer weiteren Organisierung geholfen und trägt damit auch die Verantwortung für alle weiteren Faschoüberfälle und -aktionen.

Sascha Wagner, Bundesgeschäftsstelle Stollberg bei Aachen; rechts: Achim Ezer, Ordnungsdienst

Schwarz Braun ist die ... ?

Rechtes Gedankengut in der Gruft-Szene

Erster Teil

Im Frühjahr dieses Jahres erschien eine Anzeige der „Jungen Freiheit" in dem als „Indepedent „geltenden Musikzeitschrift „Zillo". Heftige Diskussionen und Reaktionen in der Dark-Wave/Gruft-Szene waren die Folge. Selbst in der Antifa-Szene war ein großes Interesse an dieser Entwicklung zu verzeichnen, galt die Gruft-Szene zwar nicht unbedingt links, aber doch gegen Nazis eingestellt. Das diese Anzeige jedoch ein vorläufiger Höhepunkt von rechten Tendenzen innerhalb der Szene ist, verkennen viele bzw. diese Tendenzen etablierten sich unbemerkt von der linken Öffentlichkeit.

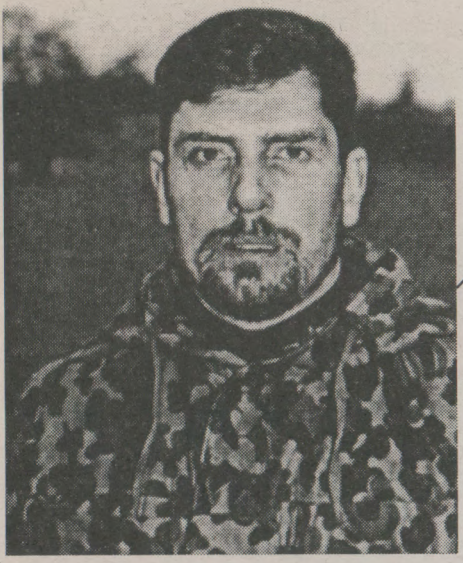
Die Dark-Wave oder auch Gruft-Szene entstand, um einen kleinen groben Abriß zu geben, aus der Punk-Bewegung Ende der siebziger Jahren. Musikalische Vertreter waren neben Cure damals Bauhaus, Joy Division, Sisters of Mercy usw.. Die anfängliche Punk/Wave-Bewegung war eine politisch orientierte Bewegung. Dieses politische Bewußtsein verschwand mit der Zeit in der Gruft-Szene. Diese verstand sich zunehmend als unpolitisch, jeder politische Bezug verlor sich in ihrem „Gothic"-Bewußtsein. Themen, wie Tod, Mystik, Magie, Weltschmerz, Mittelalter (z.B. Gothik) waren und sind repräsentativ für diese Szene. Der Boom der Esoterik Mitte der 80er Jahre verschaffte der Szene Materialien über alte Kulturen, geheime Magie und verschollene Philosophien. "Subkulturen" waren und sind (auch die linke Szene) eine Nahtstelle und Einbruchsstelle für Esoterik, und somit für rechtes Gedankengut (siehe dazu Frente 1), gerade in der Gruft-Szene. In der DDR schwappte dies spärlich über die Grenze, was jedoch kein Hindernis darstellte, wußte man schon mit Musikgruppen und Esoterik (z.B. Aleister Crowley) etwas anzufangen. Musikalisch und ideologisch nutzbar für die Darkwave-Szene in ihren verschiedenen Ausprägungen ist grundsätzlich jedes historische Vorbild, das gegen die kirchlichen Werte und den philosophischen Materialismus gerichtet war. Innerhalb der Gruft-Szene formiert bzw. entwickelt sich, lokal unterschiedlich, in den letzten Jahren rechte Tendenzen, in der Heidentum und andere Elemente faschistischer Ideologie den Diskurs und die Ikonographie bestimmen. Der folgende Text beschäftigt sich mit ausgewählten Musikgruppen und Zeitschriften, die als Vorreiter (Kultstatus) dieser

Tendenzen gelten - allgemeingültige (rechte) und klare Entwicklungen in der Gruft-Szene lassen sich jedoch noch nicht definieren (noch lassen sich die Inhalte der Gruppen repräsentativ für diese Musikszene ableiten). Zu unterschiedlich sind Anschauungen, politisch oder unpolitisch, in der Gruft-Szene. Entscheidend ist hier das Transportmittel der Ideologie und Versatzstücke des Faschismus: die Musik und die damit verbundene nach außen hin getragene Philosophie der Bands und die undifferenzierte Übernahme dieser von den Fans und Anhängern. Bei vielen Bands sind deutliche Bezüge zu faschistischen Positionen zu erkennen. Zumeist wurzelt dies in einem "falschen" Verständnis von heidnischen oder okkulten Lehren, sowie in einem mystifizierten Bild des deutschen Faschismus, dessen menschenverachtender Charakter dadurch in einer gefährlichen Weise verschleiert wird. Verbindendes Element für diejenigen Anhängern der Gruft-Szene, die mit Faschismus vordergründig nichts am Hut haben und Faschisten oft als ihre hausgemachten Feinde erlebt haben, ist der Bereich der Esoterik und des Okkultismus (was hier letztendlich keine negative Wertung sein soll). Bei all dem handelt es sich um in der Gruft-Szene akzeptierte "Erscheinungen". Es wird auch deutlich, daß ein Vergleich der Gruftis mit den Hippies in Bezug auf die Esoterik und mit dem "No Future"-Gefühl der Punk-Bewegung der 80er Jahre hinkt. War die Ausrufung (die der Hippies) des Zeitalters des Wassermann (Vgl. Castaneda) dazu gedacht, (salopp geschrieben) sich die Welt gut, sauber und hell zu lügen, als Rettung von allem Übel die allumfassende Liebe zu propagieren und alle Formen der weltlichen Herrschaft abzulehnen, so akzeptiert

größtenteils das Denken innerhalb der Gruft-Szene nicht nur, daß die Welt kaputt, schlecht und verdorben ist, sondern begrüßt dies als notwendigen Schritt, damit es einmal wieder besser werden kann (Selbstzerstörung-Selbstheilung). Nur das Ausleben und das Akzeptieren der "dunklen" Seiten des Menschen bringe dies voran auf den Weg der Selbsterkenntnis. Zu den umstrittensten Gruppen zählt zweifelsohne **Death In June**. DIJ wurde 1981 von Douglas Pearce, Patrick L. O`Kill (**Sixth Comm**) und Tony Wakeford (**Sol Invictus**) gegründet. Aus einem Hörfehler soll der Bandname entstanden sein. Pearce mißverstand einen Zwischenruf seines Bandkollegen O`Kill bei den ersten Aufnahmen zur ersten E.P. und hörte: Death In June. Ob dieser Name wirklich so entstanden ist, läßt sich bezweifeln. In einem Zillo-Interview äußert sich D. Pearce wie folgt: *"Anfang der 80er Jahre waren Tony (Wakeford) und ich sehr engagiert in linksradikaler Politik und nebenbei Geschichtsstudenten (Nationalsozialismus d.S.). Auf der Suche nach einer zukünftigen politischen Perspektive stolperten wir über den nationalen Bolschewismus, der sich wie ein Leitfaden durch die Hierarchie der SA zog. Leute wie Gregor Strasser und Ernst Röhm, die später als die "zweiten Revolutionäre" bekannt wurden, fielen uns auf. Die Tatsache, daß sie im Juni '34 gestürzt wurden, hat wohl den Verlauf der Geschichte und die Entwicklung der Humanität entscheidend verändert. Man kann sich fragen, ob Röhm im Falle eines Sieges über Hitler den 2.Weltkrieg verhindert hätte."* Hitler hatte sich damals der SA, die eine Überführung der nationalen in eine soziale Revolution von Hitler forderte (Nationalsozialismus), in einem Handstreich entledigt. Am 30.Juni, in der sogenannten "Nacht der langen Messer", wurde aus der schwerbewaffneten Schlägertruppe, der mehrere hundert Menschen, hauptsächlich Juden und Kommunisten, zum Opfer fielen, ein zahnloser Kriegerhaufen (siehe dazu Frente 1). *"Der Totenkopf war ein Symbol der Treue und Glaube -er ist es für mich noch immer. (...) Die sechs steht natürlich für Juni, den* ***sechsten Monat*** *des Jahres."* **(*)** TOD IM JUNI also !? Ähnlich äußert sich Patrick O`Kill von Sixth Comm: *"Die Zahl Sechs scheint in meinem Leben eine wichtige Rolle zu spielen. Der sechste Monat, oder die Nacht der langen Messerliegen dem ersten Teil dieses Namens* (Sixth Comm) *zu Grunde. Wobei letzteres Datum ein wichtiges ist, nämlich mein Geburtstag."* Desweiteren werden im selben Atemzug Humanität und Nationalbolschewismus in einem Zusammenhang genannt, als hätte es die extremste Form des Nationalbolschewismus in Kambodscha nie gegeben. Unter Pol Pot haben innerhalb kürzester Zeit 2.000.000 Menschen den Tod gefunden, hauptsächlich Lehrer, Professoren, Wissenschaftler, Intellektuelle. Dieser sog. "3.Weg" wird von viele Neonaziorganisationen propagiert, allen voran die *Nationalistische Front* und die *Sozialrevolutionäre Arbeiterfront.*

Weiterhin finden sich bei D.Pearce mehrere SA-Verweise: Auf Mailorderlisten benutzte er den Namen "D.Röhm" und auf der Liveaufnahme "Night and Fog" ist der ehemalige Stabschef Röhm abgebildet. Zu der Neuvertonung des SA-Liedes von Horst Wessel auf der LP

Legitimes Symbol einer Gruftband?



Douglas Pearce, DEATH IN JUNE

"Brown Book" meint er: *"Dies war das einzige Mal, daß ich mich von dem Vorwurf ein Faschist zu sein, angegriffen fühlte. Ich wollte eine Falle stellen für diejenigen, die diesen Vorwurf erhoben. So mischte ich zusätzlich zum "Horst Wessel"-Lied ein Gespräch aus einem Film bei, in dem ein SA-Mann einer alten Frau erzählt, daß die Führungsspitze der SS von Homosexuellen durchsetzt sei. Daß die SA ebenfalls viele Homosexuelle beheimatete, ist längst bekannt. Ich fand diese Gegensätze sehr interessant und habe sie kombiniert."* Spätestens hier stellt sich die Frage, ob in dieser Zeit wiedererwachender, revisionistischer Dummdeutschheit und Hörigkeit gegenüber menschenverachtender Blutsgangerideologie es vonnöten ist, mit faschistischen Zeichen und Symboliken zu provozieren? Gerade faschistische Symboliken und altgermanische Runen spielen eine große Rolle bei DIJ. Als Symbol dient der SS-Totenkopf mit einer sechs (**siehe** *). *"Der Totenkopf symbolisiert für mich den totalen Glauben und die absolute Hingabe an mein Projekt."* Kein Wort von den Greueltaten der SS während des Dritten Reiches, der totale Glaube ans Dritte Reich und an den Herrenmenschen. Auf die Frage, ob sein Interesse an Runen aus seinen Nachforschungen über das Dritte Reich resultiert, antworte D.Pearce: *"Beides hängt natürlich zusammen, da die Erforschung nordeuropäischen Erbgutes, spezifisch der Runen, im 20.Jahrhundert vor allem im Dritten Reich an Bedeutung gewann. Mein Interesse entwickelten sich jedoch unabhängig voneinander. Ich habe mich schon in jungen Jahren für beides interessiert, aber erst vor einigen Jahren mit der Magie ernsthafte Erfahrungen gemacht und festgestellt, daß mir Runen viel natürlicher und verwandter erscheinen, als andere magische Prozesse."* In den letzten Jahren vermied es D.Pearce in Deutschland im Bezug zum Faschismusvorwurf Stellung zu nehmen. Zu einem Eklat kam es Weihnachten 1992 in Hamburg zum "Dark Xmas" Festival. Mehrere Gruppen, wie z.B. Das Ich verfaßten eine Erklärung unter dem Eindruck der Mölln-Morde gegen den aufkommenden Faschismus in Deutschland. Death In June unterschrieb diese Erklärung nicht, verließ das Festival und erklärte, man werde nicht solche "plumpe Agitprop" unterschreiben. Deutlicher wurde er in ausländischen Zeitungsinterviews, in dem er in einer italienischen Musikzeitschrift Mussolini als den größten Philosophen des Jahrhunderts bezeichnet. Gerade auf Faschismusvorwürfe reagieren die Gruppen gleich. David Tibet, Gründer von Current 93 und Buddhist, meint dazu, *"Ich mag Swastikas* (Hakenkreuze), *sie sind ein buddhistisches Glückszeichen. Ich weiß, daß gerade in Deutschland viele glauben, daß ich ein Faschist bin. Das sollt mir scheißegal sein. Ich habe Benefizplatten für tibetanische Flüchtlinge und gegen Tierversuche gemacht. Wenn dann noch jemand*

glauben möchte, daß ich ein Faschist bin, bitte, mir ist das egal. Wir hatten dieses Zeichen zweitausend Jahre bevor es Hitler es mißbrauchte. (...) Das schöne an Swastikas ist, daß sie provokante Zeichen geworden sind. Deswegen war Swastikas For Noddy (Titel einer CD, Noddy sind Schlümpfe) *so eine geniale, verwirrende Idee. Politik interessiert mich nicht -ich hasse Linke sowie Rechte, ich bin Buddhist und unterteile Menschen nicht nach ihren politischen Ansichten, sondern gebe mich mit einfach denen ab, die ich sympathisch finde.* Mit dieser Ansicht steht er nicht alleine da. Gerade in diesem Musikbereich kann man reichlich Parallelen zu Kollegen ziehen. *"Ich unterstütze weder Faschismus noch eine andere Art von Gemeinschaftsdenken."* führt T.Wakeford von Sol Invictus aus. *"Ich unterstütze nur den Gedanken an das individuelle Denken in jedem Menschen. Ich denke, die Masse rennt kopflos hinter jedem Banner her, egal welchen. Die Gemeinschaft ist nur ein Alibi der Schwachen und Dummen."* D. Pearce zum Vorwurf ein Faschist zu sein: *"Tatsächlich wundere ich mich oftmals darüber, wie schnell Leute aufspringen und aus einer "Ich bin mehr wert als Du"-Position heraus mit Steinen um sich schmeißen. Ich hasse sie! (...) Für mich sind solche Leute nicht besser als Rassisten und Sexisten. Was war also am Faschismus so falsch? Wahrscheinlich hätte man sich aller entledigen sollen. Immerhin machen diese Leute wohl 93% der Bevölkerung aus."* *"Diejenigen, die uns als Faschisten deklarieren, haben von Death In June keine Ahnung. Sie suchen nach einer Schublade, in die sie uns stecken können, und nehmen die, die sich am schnellsten findet."* Nach seinen Aussagen sollte man sich erste mit den Gruppen beschäftigen und dann mit der faschistischen Ideologie. Unter der Bezeichnung "unpolitisch", die gerne benutzt wird, um sich von den Vorwürfen rein zu waschen, wird teilweise die übelsten Inhalte verbreitet, oft mit der Frage verbunden, "was ist political correctness?".

Neben DIJ gehören Sol Invictus, Sixth Comm und den späteren Current 93 zu den wichtigsten Vertretern des sogenannten Apocalyptic Folk (auch Neo Folk), einer Stilrichtung, die musikalisch und vor allen Dingen inhaltlich auf alte Folktraditionen zurückgreift. Tony Wakeford, der bei Death In June ausstieg, weil Pearce gezielt Runen einsetzte, die im Dritten Reich mißbraucht wurden, und der Kopf von Sol Invictus ist, stellte diesen Ansatz einmal wie folgt dar: *"Viele alte Folk-Lieder beschreiben Elemente der unterdrückten heidnischen Traditionen. Wir versuchen diese wieder ins*

Gedächtnis zurück zu bringen und sie fortzuführen." Die Musik ist daher größtenteils minimalistisch gehalten, Akkustikgitarre und klassische Instrumente bestimmen die Klangmuster. Beständig wiederkehrendes Element in den Texten von diesen Gruppen ist das Ideal einer alten imaginären Gesellschaft, die im Gegensatz zu den heutigen manipulierten, auf einer inneren Stärke basiert. Gerade diese Vorstellung war ein Hauptelement des Glaubens an das Dritte Reich. In diesem Zusammenhang ist zudem Sixth Comm zu erwähnen. Mehrfach bezog sich die Gruppe in ihren Veröffentlichungen auf die nordische Runenmythologie und tantrische Lehren, praktiziert diese bei ihren Auftritten. P.O Kill, der Kopf von Sixth Comm, verließ ebenfalls DIJ, weil er D.Pearce politische Einstellung nicht teilte und sich nicht mehr mit den musikalischen Aussagen der Band identifizierte.

Ein anderer prominenter und ebenso umstrittener Vertreter ist **Boyd Rice** und sein Projekt **NON**. Boyd Rice hat ebenso wie Current 93 seine Wurzeln im Industrial-Genre, in dem so brisante Themen wie Faschismus und Pornographie sehr gerne als Provokations- und Schockmittel eingesetzt werden und damit oft sehr unkritisch umgegangen wird. Die Karriere des Selbstinszenierungskünstlers aus den USA, der neben Throbbing Gristle und S.P.K. zur Trias des schon erwähnten Industrial gezählt wird, begann im Jahre 1975. Anders als bei S.P.K., deren musikalisches Schaffen von Anfang an in einem Kunst und Theorie-Kontext stand, scheint die Motivation von Boyd Rice zunächst rein musikalischer Natur gewesen zu sein. In seinen früheren Interviews spricht er fast ausschließlich über seine Musik und nie von einem seiner Musik übergeordneten Theoriegebäude. Heute gerät er weniger durch seine Musik, sondern vor allem durch seine Mitgliedschaft in der von Anton LaVey initiierten "Church of Satan" und seine öffentlichen Bekenntnisse zum Sozialdarwinismus. Boyd Rice faßt die Theorie seines Sozialdarwinismus mit der prägnanten Formel "The Strong dominate the weak, the clever dominate the strong." zusammen. Fraglich ist nur, wen er meint, wenn er von den "cleveren" spricht... Würde man die Übertragung der Gesetze des Tierreiches auf die menschliche Gesellschaft konsequent durchführen, so wäre der "clevere" und damit starke derjenige, der in der Lage ist, sich an seine Umwelt am besten anzupassen und sich somit die größten "Überlebenschancen" in seiner gesellschaftlichen Hemisphäre schafft. Und das heißt in letzter Konsequenz, daß er, ohne es zu wollen, die berühmte "Radfahrermentalität" des Ottonormalverbrauchers propagiert: oben buckeln, unten treten. Denn gerade Menschen, die nach solchen

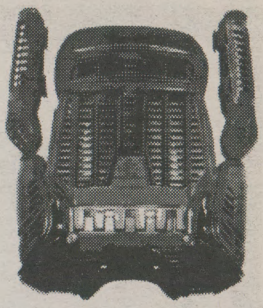
Prinzipien handeln, sind wohl diejenigen, die am besten an ihre Umwelt angepaßt sind. Gerade in diesem Punkt liegt das Hauptmißverständnis des Sozialdarwinismus: Weder die Starken noch die Intelligenten haben die besten Überlebenschancen, sondern hauptsächlich solche "Anpassungskünstler". Die heutige gesellschaftliche Situation ist für Boyd Rice dadurch gekennzeichnet, daß die "Schwachen" die "Starken" dominieren. Die Starken nutzen ihre Fähigkeiten nicht, um sich selbst, sondern um den Schwachen zu helfen. Dieses widerspreche, nach seiner Auffassung, den das Gleichgewicht regelnden Mechanismen der Natur, denn folgte der Mensch seinen Instinkten und nicht seinem Intellekt bzw. seiner Ratio, so würde er, wie es Herdentiere tun, die Schwachen im wahrsten Sinne des Wortes in die Wüste schicken. Er will zu einer natürlichen Auslese zurückkehren, also die Natur entscheiden lassen, wer lebenswürdig und wer lebensunwürdig ist. Indem er anderen hilft, setzt der Mensch die natürlichen Selektionsmechanismen außer Kraft und bringt das Gleichgewicht der Natur durcheinander. In diesem Zusammenhang stehen auch die Thesen aufgrund derer Boyd Rice als Faschist und Neonazi bezeichnet wird. Diese Thesen bringt Boyd Rice sehr deutlich auf der LP "In the shadow of the sword", aus dem Jahre 1989, zum Ausdruck. Diese Platte enthält die Stücke, durch die er als Neonazi oder Okkult-Faschist in die Medien kam, so u.a. das berüchtigte "Total War". Er nennt diese Musik "Gothic March Music". Diese LP markiert auch den Beginn der Zusammenarbeit mit geistesverwandten Künstler wie D.Pearce (DIJ), der

neben T.Wakeford (Sol Invictus) und M.Moynihan (Blood Axis) bei einem NON Konzert in Osaka/Japan trommelte (ein Mitschnitt dieses Konzertes bildet die erste Seite dieser LP). Boyd Rice benutzt seit diesem Zeitpunkt seine Musik, um konkrete Botschaften zu transportieren, auf der folgenden "Music, Martinis and ends" in dies nicht anders. sie ist auch geprägt von sozialdarwinistischen Gedankengut. Ein weiterer Punkt bei Boyd Rice ist die sogenannte "Abraxas Foundation", die er als eine Alternative zum Christentum und anderen Weltreligionen sieht. Als Symbol für seine "Religion" wählte er die Wolfsangel, ein in Deutschland verbotenes Zeichen, welches in der nordischen Mythologie auf der dreizehnten, der sogenannten Todesrune basiert. Vehement wehrt sich Boyd Rice dagegen, daß die Abraxas Foundation, die etwa eine Hand voll Mitglieder hat, eine kriegsverherrlichende, neonationalsozialistische Organisation ist. Und doch sieht er den Krieg als natürlichen Zustand an, der dem Instinkt des Menschen entspreche. Auch das berüchtigte "Total War" von der programmatischen LP "In the shadow of the sword" handelt vom Krieg: von dem Krieg, den Menschen führen würden, wenn sie wieder instinktiv handelten. Alle Texte dieser LP stehen im Kontext des Sozialdarwinismus, propagieren jedoch weder Faschismus noch Antisemitismus. Aber so sehr Boyd Rice darauf beharrt, daß diese Texte im Kontext des Sozialdarwinismus stehen und nicht isoliert betrachtet werden sollen, fällt es doch schwer, die größtenteils sehr konkreten Aussagen nicht als solche, sondern als exemplarisch für eine übergeordnete Theorie zu betrachten. Wer solche konkreten Aussagen verwendet, darf sich nicht wundern, wenn er mißverstanden wird, und die Tendenz, gerade historische Gestalten wie Hitler romantisch als "Symbole der Reinheit" in Bezug auf die Instinkte zu verklären, wirkt solchen Mißverständnissen nicht gerade entgegen.

Teil 2 im nächsten Heft: "Radio Werewolf", "Blood Axxis", die Zeitschriften "Sigill" und "Zeitenwende", der "Zillo/Junge Freiheit-Komplex"

sweet
Eis-Salon
Karl-Liebknecht-Str. 42
gegenüber
Alexandrina
neben
Killiwilly

Der Verfassungsschutzbericht Sachsen 1995



Rechtsextremistische Bestrebungen

Nach Angaben des Verfassungsschutzes wurden im Freistaat Sachsen 1995 750 Straftaten mit rechtsextremistischen Hintergrund, davon 70 Gewalttaten begangen. Dabei stieg die Gesamtzahl der Straftaten mit rechtsextremistischen Hintergrund gegenüber dem Vorjahr (1994: 736) leicht an. Bei den Gewalttaten stieg die Anzahl der Delikte gegenüber dem Vorjahr um rund 9%.

Der VS stellte fest, daß sich in 3 Regionen immer wieder die gleichen Personen zusammenfinden um Straftaten mit rechtsextremistischen Hintergrund zu begehen. Dies sind die Regionen Wurzen, Niesky und der Raum Chemnitz.

Die Gesamtzahl der Rechtsextremisten ist im Jahr 1995 um 16% gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen und beträgt ca. 2350 aktive Rechtsextremisten. Dies ist vor allem auf Mitgliederverluste in nichtmilitanten rechtsextremen Parteien zurückzuführen. Demgegenüber stieg die Zahl der militanten Faschos um ca. 17% auf ca. 800 Personen.

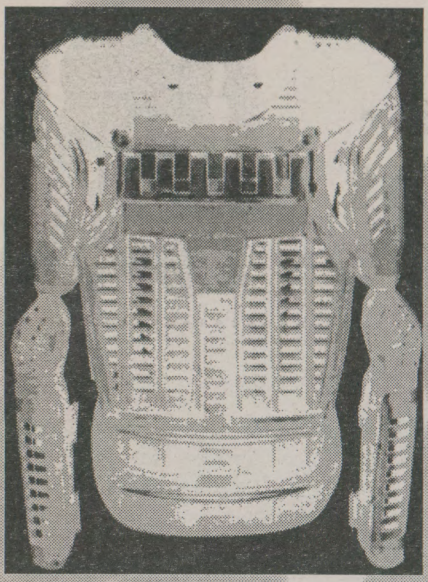
Zu den nichtmilitanten rechtsextremistischen Parteien zählt der VS die DVU (ca. 600 Mitglieder), die NPD (ca. 200 Mgl.), die „Deutsche Liga für Volk und Heimat" (nur vereinzelte Mgl.) und die „Republikaner" (ca. 600 Mgl.).

Zu den militanten Rechtsextremisten zählt der VS rechtsextremistische Skinheads (ca. 450), sonstige militante Gewalttäter (ca. 300) und militante Neonationalsozialisten (ca. 50).

Als weiteres wird unterschieden in neonationalsozialistische Organisationen, deren Mitgliederzahl bei ca. 200 Personen zählt. Nach Verboten einiger NS-Parteien tendieren die Neonationalsozialisten generell zur Schaffung von losen Strukturen wie Zirkeln, Kameradschaften und Zellen.

Eine herausragende Stellung in Sachsen nimmt die NPD ein. Deshalb hier ein ausführliches Zitat des VS-Berichtes: „Im Jahr 1995 veränderte sich die Struktur des Landesverbandes. Die ursprünglich 13 Kreisverbände mit teilweise geringen Mitgliederzahlen wurden zu sieben Kreisverbänden zusammengefaßt. Einige führen die Bezeichnung Großkreisverband. So

Lange hat es gedauert, aber jetzt ist sie da: die Pressefassung des Verfassungsschutzberichtes 1995 für den Freistaat Sachsen. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, warum wir und diesem Bericht so ausführlich widmen, sei darauf verwiesen, daß der VS-Bericht auf Seite 148 den Unterschied zwischen Stasi und VS erklärt: „Das MfS sicherte die Macht der herrschenden Partei." „Die Verfassungsschutzbehörden schützen die Freiheit der Bürger gegenüber verfassungsfeindlichen Einflüssen."



existiert zum Beispiel ein Großkreisverband Westsachsen. Zu den Regionen mit starken NPD-Aktivitäten zählen Leipzig und Umgebung, Zwickau, Plauen und Annaberg. Dagegen verloren die NPD-Strukturen im Raum „Sächsische Schweiz" etwas an Bedeutung.... Der Landesverband Sachsen hat seinen Sitz in Annaberg-Buchholz. Seine Mitglieder sind im Durchschnitt jünger als Mitglieder in den NPD-Landesverbänden anderer Bundesländer. Landesvorsitzender ist Torsten Keil (26). Seit September 1995 verfügt der sächsische Landesverband über eine eigene Publikation. Die „Sachsen-Stimme" erscheint unregelmäßig in einer Auflagenhöhe von etwa 300 Exemplaren."

„Ihre offen rechtsextremistische Position macht die NPD in Sachsen zu der rechtsextremen Kraft, die die geringsten Berührungsängste gegenüber Neonationalsozialisten hat. Die NPD sucht offenbar den Schulterschluß mit Neonationalsozialisten. Sie läßt diese an Veranstaltungen teilnehmen, beteiligt sich im Gegenzug auch an deren Veranstaltungen und bietet Skinheads einen ideologischen Bezugspunkt.... Damit Besitz sie eine Scharnierfunktion in der rechtsextremistischen Szene des Freistaats. Die NPD bestimmt maßgeblich die Ausrichtung organisationsübergreifender Treffen von Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen. Seit 1994 finden in Leipzig zum Beispiel regelmäßig derartige Veranstaltungen statt. Der Teilnehmerkreis setzt sich aus Mitgliedern bzw. ehemaligen Mitgliedern verschiedener rechtsextremistischer Organisationen wie beispielsweise der DVU, REP, aber auch inzwischen verbotener neonationalsozialistischer Gruppierungen wie der WJ und der FAP zusammen.... Dieser Kreis wird seit 1995 von der NPD beeinflußt... Obwohl anfangs geplant, konstituierte sich dieser Personenkreis nicht zu einer festen Organisation....Einen deutlichen Bezugspunkt zwischen der NPD, neonationalsozialistischer Organisationen und Skinheads zeigte eine Sommersonnenwendfeier, die Aktivisten der NPD am 24.Juni 1995 in Mutzschen/Roda (Muldentalkreis) organisiert hatteh. Schon im Vorfeld warb nicht nur die NPD, sondern auch neonationalsozialistische Organisation „Die Nationalen e.V." für diese Veranstaltung. Etwa 250 Rechtsextremisten bzw. Neonationalsozialisten und Skinheads aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Berlin-Brandenburg nahmen daran teil."

Linksextremistische Bestrebungen

Im Freistaat Sachsen wurden im Jahr 1995 123 Straftaten mit linksextremistischen Hintergrund (1994: 83), davon 29 Gewalttaten (1994: 25) registriert. Die Gesamtzahl der Straftaten stieg somit in Sachsen gegenüber dem Vorjahr um rund 48 %. Dieser Anstieg ist vor allem auf „sonstige Gesetzesverletzungen mit linksextremistischen Hintergrund" zurückzu-

führen, zu denen beispw. Schmier- oder Sprühaktionen bzw. Klebe- oder Plakatierungsaktionen zählen.
Im Freistaat Sachsen gibt es laut VS-Bericht nur linksextremistische Autonome sowie marxistisch-leninistische Parteien. Strukturen wie der RAF, der AIZ oder der RZ sind derzeit in Sachsen nicht erkennbar. Insgesamt gibt es im Freistaat Sachsen ca. 900 Linksextremisten. Der größte Teil davon (ca. 500 Personen) sind Autonome.
Als Hauptaktionsfelder der Autonomen macht der VS den Antifaschismus, den „Kampf gegen Umstrukturierung", sowie Antirassismus-/Internationalismus aus. Zum Thema Umstrukturierung wird ausführlich der Verlauf des BesetzerInnenkongreßes in Leipzig geschildert. Zum Thema Antirassismus schreibt der VS: „Darin thematisieren die Autonomen u.a. die Asylpraxis und Ausländerpolitik der Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Dabei wird vor allem das Thema Asylrecht als „Vehikel" im Kampf gegen den Staat benutzt." „Besonders hoch ist das Engagement autonomer Gruppen für Asylbewerber in Leipzig,...". Nach VS - Einschätzung benutzen die Autonomen politische Inhalte sowieso nur als „Vehikel". Zum Beispiel den Antifaschismus: „Der sogenannte „antifaschistische Kampf" stellt das Hauptagitations- und -aktionsfeld der Autonomen dar. ... Der „antifaschistische Kampf" wird von den Autonomen als Mittel der Politisierung und Förderung ihrer Militanzbereitschaft genutzt. Neben derartigen Verschwörungstheorien, die doch eigentlich nach VS ein Merkmal für Extremisten sind, geht der VS in seiner scharfsinnigen Analyse sogar noch weiter: „Für die Argumentation ist der „Antifaschismus" ein wesentliches Element. Dabei folgen sie konsequent kommunistischen Interpretationen, nach denen Faschismus oder Neofaschismus ein Herrschaftsinstrument des Monopolkapitals ist." Und für alle, die noch nicht wissen, was sie eigentlich denken, erklärt es uns der Bericht: „Die Faschismusauffassung, die noch heute in der kommunistischen Weltanschauung maßgebend ist, geht auf die Faschismusinterpretation Dimitroffs zurück, die er 1935 auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale gab. Danach ist Faschismus"(...) die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals(...)" sowie „(...)grausamste Offensive des Kapitals gegen die Werktätigen Massen." „Aus diesem Denkansatz resultiert ihre Schlußfolgerung, daß der Staat der größte Faschist sei,..." Nachdem der VS sowieso schon fast alles weiß, können wir nur noch hinzufügen, daß die Autonomen aus Moskau , oder vielleicht Peking gesteuert werden und mindestens 40 Jahre SED-Mitglieder waren.
Neun Seiten werden in dem Bericht der „Szenezeitschrift KlaroFix" gewidmet. Darauf gehen wir heute nicht ein, um dem Klaro nicht den Spaß zu nehmen. Ärgerlich sind wir nur, daß das FRENTE nur einmal erwähnt wird, weil wir einen Demoaufruf für Wurzen veröffentlicht haben. Aber vielleicht überzeugt den VS das obige Zitat (als Agitation) für den Bericht 96. Aber laßt nächstes Jahr nicht so lange auf euch warten !

„Die Faschismusauffassung, die noch heute in der kommunistischen Weltanschauung maßgebend ist, geht auf die Faschismusinterpretation Dimitroffs zurück, die er 1935 auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale gab."
Verfassungsschutzbericht Sachsen 1995 - Alles klar?

Die Ordnung des Kontinent und die Schlacht um den „deutschen“ Osten

Eine Vorbemerkung zum Wortgebrauch: Viele Begriffe in diesem Artikel, angefangen bei „deutsch“, „Volksgruppe“, „Deutsch- und Volkstum“ über „Auslandsdeutsche“ oder einfach „die Deutschen im Osten“, sind im höchsten Maße zweifelhaft und hauptsächlich völkisch oder nationalistisch besetzt. Trotzdem finden sie hier, aufgrund mangelnder Alternativen und dem Bestreben den Artikel noch lesbar zu halten, ziemlich viel Verwendung. Bei uns ganz übel aufstoßenden Begriffen haben wir Anführungszeichen verwendet, aber wenn wir das auf den ganzen Text angewendet hätten, wäre dieser nicht mehr lesbar. In diesem Sinne: Denkt euch eure eigenen Anführungszeichen!

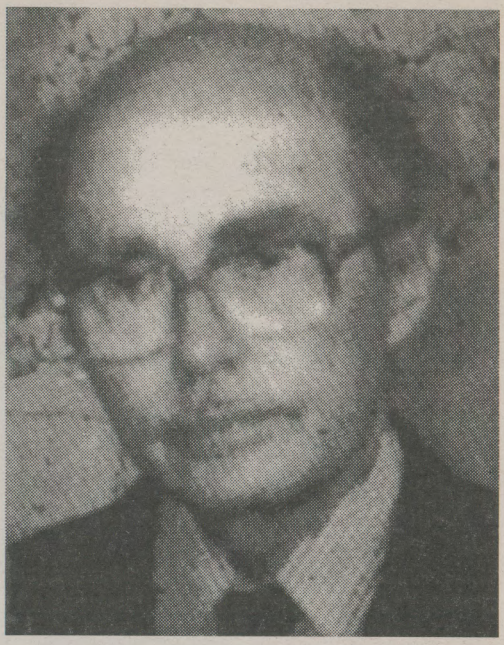
Die neue deutsche Volksgruppenpolitik zeigt ihre Konturen und zeitigt langsam aber stetig Erfolge. Ziele und Maßnahmen zur erneuten Eroberung des „deutschen Ostens“ versucht dieser Artikel zu skizzieren.

Seit 1989 steht die deutsche Volksgruppenpolitik wieder verstärkt auf der Tagesordnung. Bis dahin beschränkte sich die deutsche Ostpolitik bezüglich deutscher Volksgruppen hauptsächlich auf eine aktive Auswanderungspolitik - schließlich waren zu Zeiten des kalten Krieges und des kruden Antikommunismus die Außlandsdeutschen aus den „Fängen des Reichs des Bösen im Osten“ zu befreien, was schon aus rein propagandistischer Sicht erhebliche Vorteile für die positive Selbstdarstellung der damaligen BRD mit sich brachte.

So war es auch ganz selbstverständlich, denjenigen Deutschen, die sich nach der Definition des Bundesvertriebenengesetzes noch in den sog. Vertreibungsgebieten oder in der Sowjetunion befanden, automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit zuzusprechen und ihnen somit ein prinzipielles und sofortiges Aufnahmerecht als AussiedlerInnen in der BRD zu gewähren. Damals störte es auch nicht weiter, daß die meisten der Vorfahren dieser Volksdeutschen zu Zeiten ausgewandert waren, in denen ein ein deutscher Nationalstaat noch gar nicht denkbar war.

So nutzten auch die Klagen von anderen Außlandsdeutschen, z.B. in Lateinamerika, herzlich wenig, die sich im Vergleich zu den Deutschen im Osten als zurückgestellt empfanden, da sie derlei Vorzugsbehandlung nicht genossen, obwohl sie sich doch begeistert zum Volks- und Deutschtum bekannten und gerne zurückgewandert wären. Aber der „Ostblock“, allen voran natürlich die Sowjetunion, war der deutschen Außenpolitik als Feind- und Bedrohungsbild einfach um einiges naheliegender als z.B. die Militärdiktatur Pinochets in Chile, mit der gewichtige bayerische Spitzenpolitiker sogar eher sympathisierten. Waren die Deutschen im Osten also vor 1989 hauptsächlich als Beweis für die Gefährlichkeit des Kommunismus von Bedeutung und so als Aussiedler „heim ins Reich“ zu holen, änderte sich die Situation nach dem „Zusammenbruch des Kommunismus“ in der Sowjetunion und ihren Anrainerstaaten enorm. Ab diesem Zeitpunkt waren die deutschen Volksgruppen wieder an dem Ort wichtig geworden, an dem sie sich befanden. **Dort sollten und sollen sie nach Lesart der deutschen Außenpolitik nun auch bleiben, um die Grundlage für die neue deut-**

sche Volksgruppenpolitik zu bilden:
Schließlich war nun der Weg in den Osten wieder frei, schließlich sind die Aufgaben der deutschen im Osten noch lange nicht abgeschlossen: Die Rückeroberung des „wilden eurasiatischen Ostens" durch das zivilisatorisch wirkende „christlich-europäische Abendland",wie es reichlich verqast der Vorsitzende der Paneuropa-Union, Otto von Habsburg, ausdrückt, steht wieder auf der Tagesordnung.
Um dieser Aufgabe gerecht zu werden mußten allerdings noch einige, momentan eher unpassende, Rahmenbedingungen verändert werden:
Zum einen mußte die Ausdünnung der Deutschen im Osten, die sich durch die vermehrte Zuwanderung nach Deutschland bereits empfindlich bemerkbar machte, eingedämmt werden. Zum anderen mußten für die Außlandsdeutschen bessere Lebensbedingungen vor Ort geschaffen werden; nicht nur um sie zum Bleiben zu bewegen, sondern auch um sie für die Aufgabe vorzubereiten, die sie schließlich in der neuen deutschen Außenpolitik zu spielen hatten.



Otto von Habsburg

Schließlich war nur die sichtbare und tatsächliche Existenz einer deutschen Volksgruppe funktionierender Vorwand, um sich die „Legitimation" für eine Einmischung in innere Angelegenheiten der osteuropäischen Staaten zu schaffen. Als Vorbild diente die nationalsozialistische Volksgruppenpolitik Anfang der 30-er Jahre, wie sie z.B. durch die sudetendeutsche Partei von Konrad Henlein in der damaligen Tschechoslowakei praktiziert wurde.
Einer der wichtigsten Punkte zur Formung und Etablierung deutscher Volksgruppen im Osten waren die sog. „Nachbarschafts- bzw. Freundschaftsverträge", die in den letzten Jahren mit Polen, Ungarn, Rumänien, der Tschechischen und Slowakischen Republik, als auch mit Rußland abgeschlossen wurden. Dort werden weitgehenste Sonderrechte der jeweiligen deutschen Volksgruppen festgeschrieben, die die Basis zur Errichtung kleiner unabhängiger deutscher Siedlungsgebiete innerhalb der jeweiligen Staaten bilden sollten
So wurde im deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag festgelegt, daß die Deutschen ihre Kultur und Tradition ohne Anpassungsdruck pflegen und ausüben dürfen. Sie dürfen eigene Schulen, Kirchen, Krankenhäuser, Kindergärten, eigene Zeitungen und Rundfunkstationen betreiben, sowie uneingeschränkte Kontakte zu allen deutschen Regierungs- und Verwaltungsstellen unterhalten. Die deutsche Regierung wird ermächtigt die deutsche Volksgruppe in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zu unterstützen.

Formal wird in dem Vertrag Gleicheit hergestellt, indem einer fiktiven polnischen Minderheit die gleichen Rechte zugesprochen werden. Der Vertrag definiert die Minderheiten „als natürliche Brücken zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk", wobei im Sinne der deutschen Wirtschafts- und Außenpolitik mit den „Brücken" eher „Brückenköpfe" gemeint sein dürften, von denen aus sich deutscher Einfluß in den jeweiligen Staaten Geltung verschaffen soll. Gleichzeitig betonte die Bundesregierung bei Abschluß des Vertrages, daß mit der Perspektive eines „Beitritts Polens zur Europäischen Gemeinschaft zunehmend Möglichkeiten" geschaffen werden um auch „deutschen Bürgern eine Niederlassung in der Republik Polen zu erleichtern." Die Vertriebenenverbände, allen voran die Schleßischen Landsmannschaften, haben diesen Wink verstanden: Was jahrelang durch aggressive revanchistische Forderungen nicht erreicht werden konnte, wird nun auf der Ebene der Erpressung zu erreichen versucht: Mitgliedschaft Polens in der EU nur gegen die Erlaubnis erneuter deutscher Landnahme in Polen.

Im Rahmen der Nachbarschaftsverträge wurde nun auch die Definition der deutschen Volksgruppe merklich erweitert: War bisher nur die „Deutschstämmigkeit" als Nachweis der Zugehörigkeit zur deutschen Volksgruppe gültig, taucht in den Verträgen nun auch der Begriff der „Angehörigen der deutschen Minderheit" auf. Während die Deutschstämmigkeit rein über die „Blutsbande", also über deutsche Vorfahren, Sprache, Erziehung und Kultur definiert wurde, geht der Begriff der „Angehörigen der deutschen Minderheit" darüber hinaus. So heißt es z.B. im deutsch-tschechischen Nachbarschaftsvertrag: „Die Angehörigen der deutschen Minderheit in der Tschechischen und Slowakischen Republik, daß heißt Personen tschechoslowakischer Staatsangehörigkeit, die deutscher Abstammung sind oder die sich zur deutschen Sprache, Kultur oder Tradition bekennen, haben demzufolge insbesondere das Recht, einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen Mitgliedern ihrer Gruppe ihre ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität frei zum Außdruck zu bringen, zu bewahren, weiterzuentwickeln, frei von jeglichen Versuchen, gegen ihren Willen assimiliert zu werden." Weiter unten wird schließlich noch einmal betont:"Die Zugehörigkeit zur deutschen Minderheit ... ist persönliche Entscheidung jedes einzelnen, die für ihn keine Nachteile mit sich bringen darf." Werden zwar auch hier wieder die üblichen völkisch definierten Merkmale verwendet, bleibt es nach dieser Definition dennoch völlig in das Belieben jedes

mer Zeit nicht mehr automatisch mit nationalen oder nationalistischen Interessen überein - an wesentlichen Punkten der deutschen Volksgruppenpolitik sind sie nahezu identisch mit den Großraum- und Großmachtplänen von Vertriebenenverbänden, völkischen Gruppen wie dem VDA und einer Parteienkoalition, die nicht nur die CDU/CSU umfaßt, sondern auch weite Teile der SPD und FDP miteinschließt.

Mittels sogenannter „Wirtschaftssonderzonen" (wie z.B. im russischen Kaliningrad) soll die Tür zur Eroberung der Märkte im Osten für die Konzerne weiterhin offen gehalten werden, auch wenn diese sich bis auf weiteres bei direkten Investitionen bedeckt halten. Die Unternehmen in diesen Wirtschaftssonderzonen sollen bevorzugt behandelt werden. Konkret heißt das: ungestörter Erwerb von Grund und oden für außländische Investoren, Zoll-, Steuer- und Gebührenfreiheit, freier Kapitaltransfer, Subventionen, kostenlose Infrastruktureinrichtungen, eigene autonome Verwaltung, freie Ein- und Ausfuhr von Devisen. Kurz gesagt: Ein kleines Schlaraffenland für westliche Unternehmer. Während in Rußland von diesen Wohlstandsinseln eine beschleunigende Wirkung auf den Umwandlungsprozeß zu einer kapitalistischen Wirtschaftsform erhofft wird, sind andere Szenarien wahrscheinlicher.

Eher zu erwarten sind kleine, aufgrund ihrer besonderen Rahmenbedingungen, gut funktionierende „blühende Landschaften", die sich in der verarmten und völlig abhängigen Umgebung aus billigen Arbeitsplätze- und Rohstoffreservoirs bedienen können.

Also ein Verhältnis von Metropole und Peripherie, das auch in zahlreichen Ländern der „3. Welt" zu beobachten ist. Geschickt werden schon jetzt regionale Interessen gegeneinander und gegen die Zentralmacht in Moskau ausgespielt, um bei den jeweiligen „Regionalfürsten" die besten Konditionen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durchzusetzen. Ein Phänomen, daß übrigends auch in den verschiedenen Regionen der BRD zu beobachten ist.

Regionen, die in Rußland für derartige Wirtschaftssonderzonen vorgesehen sind, überschneiden sich nicht selten mit Gebieten in denen große Erdöl- und Erdgasvorkommen ausgebeutet werden sollen.

Wolff von Amerongen 1992 Vorsitzender des „Ostausschußes der deutschen Wirtschaft" stellt sich das folgendermaßen vor:"... Meines Erachtens ist es deshalb unumgänglich, daß dort internationale Konsortien zu 100 Prozent einsteigen, und zwar auf der Basis von Konzessionen, also einer Kolonialmethode. Das würde bedeuten, daß die Ausländer in Rußland die volle Autorität über Förderung und Verkauf, auch auf dem Inlandsmarkt hätten." Im Klartext: Rußland wäre damit in seiner Energieversorgung von einem Konsortium abhängig, von dem das „eigene" Öl wieder „zurückgekauft" werden müßte.

Durch die Installierung „deutscher Landkreise" in Rußland und mit den Plänen zur Wiedererrichtung der Wolgarepublik werden mit Hilfe der Bundesregierung nichts anderes als diese, von der Wirtschaft geforderten, Wirtschaftssonderzonen errichtet. Wichtigster Gesichtspunkt für die

„Stattliche Backsteinhäuser mit hanseatisch anmutenden Giebeln säumen die künftige Hauptstraße. Angesichts der schlimmen Wohnungsnot und den vergleichsweise erbärmlichen Behausungen im alten Asowo drängt sich die Frage auf, ob da nicht ein wenig zu viel des guten getan wird."

Pangermanisten im Außen- und Innenministerium ist allerdings die völkische Orientierung dieser Zonen, während es der deutschen Wirtschaftslobby hauptsächlich um Profitstabilisierung bzw. -maximierung geht.
Die vier bis jetzt existierenden deutschen Kreise in Rußland (Halberstadt im Altai, Asowo im Gebiet Omsk, im Gebiet Saratow und im Gebiet Wolgograd) sind also nichts anderes als „deutsche" Wirtschafts-sonderzonen. Auch sie liegen mitten in, für die Wirtschaft interessanten, Gebieten, die entweder größere Rohstoffvorkommen oder wichtige Industriezweige vorzuweisen haben.
Während sich deutsche Unternehmen in Rußland immer noch eher bedeckt halten, galt diese Vorsicht für die Tscechische Republik von Anfang an nicht. Bereits im ersten Halbjahr 1991 wurden hier 700 Millionen DM von deutschen Unternehmen investiert; 80% davon in Böhmen und Mähren.
Mit von der Partie wareb unter anderem VW, Daimler-Benz, Bosch, Continental, Klöckner, Linde, Babcock- Borsig, Siemens, Esso, usw.
Die Verlagsgruppe Kirch (Sat 1, Premiere, Pro7 und DSF) kaufte sich ebenso in die tschechische Medienlandschaftein, wie die Verlagsgruppe Passau insgesamt 35 regionale, tschechische Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von ca. 300 000 Exemplaren und eine eigene Abendzeitung in Prag. Desweiteren übernahm sie 1994 ein Paket von 10 Regionalzeitungen in Polen mit einer Gesamtauflage von 2,2 Millionen Exemplaren.
Während die „Kapital-Germanisierung" in Rußland eher zögerlich vor sich geht, wurde und wird in Tschechien nicht gekleckert sondern geklotzt. Allerdings nicht ohne sich auch von der tschechischen Regierung enorme Vorteile zusichern zu lassen (Steuernachlässe, besonderer Zollschutz, Beseitigung von Altlasten auf Staatskosten, ect.).
Gleichzeitig wird auf der Ebene der Außenpolitik auch in Tschechien mit der gleichen methode wie gegenüber Polen verfahren. Auch hier wird der

FRENTE HEIß!
ABONNIEREN!
Sechsmal im Jahr erscheint FRENTE und bringt Dir die News aus dem Antifablickwinkel ins Haus. Porto + 80 Pf + Kaffee mal sechs gleich 15,-

Beitritt zur EU mit der Frage nach der „Lösung der sudetendeutschen Frage" verknüpft. Unterstützend drückt der Bundestag die Position der Bundesregierung in einer Resolution zum deutsch-tschechischen Nachbarschaftsvertrag aus, daß „im Zuge der Annäherung Prags an die Europäische Union weitere Fortschritte möglich werden."

Nachdem die Form autonomer deutscher Kreise nach dem russischen Vorbild für Tschechien wenig Erfolg verspricht wird hier eher auf das Regionalisnuskonzept der „Euroregionen" zurückgegriffen. diese sollen regional grenzübergreifend wirken und werden massiv aus EU Mitteln subventioniert. Aufgabe der Euroregionen ist es"sich für die Belange der Bevölkerung und der örtlichen Wirtschaft" einzusetzen. Eine einheitliche Struktur, Rechtsform oder räumliche Abgrenzung existiert nicht.

Eine dieser Regionen ist die „Euroregion Egrensis". 1990 auf Anregung der damaligen deutschen Ministerpräsidenten Streibl und Biedenkopf, sowie des tschechischen Ministerpräsidenten Pithart gegründet, umfaßt sie die Grenzkreise Plauen, Hof, Wunsiedel, weiden und Bayreuth auf deutscher und Karlovy Vary, Eger, Falkenau und Tachov auf tschechischer Seite. Für die deutschen Unternehmen machte sich das Lohngefälle gut bezahlt, so daß ein großer Teil der arbeitsintensiven Produktion schon bald auf die tschechische Seite verlagert wurde. BMW-Chef von Kuenheim ließ es sich deshalb auch nicht nehmen diese Situation als „Korea vor der Haustür" zu charakterisieren.

Der Vorsitzende des Vertriebenenvereins „Egerländer Landtag" mag ob dieser massiven Vorteile nicht kleinlich sein und meint, die regionale Zusammenarbeit „solle ruhig den Tschechen zu gute kommen. Doch

müßten diese erst einmal beweisen, daß sie vertrauenswürdig seien, nach all dem, was sie, die Tschechen, den Deutschen angetahn hätten." Als Vertrauensbeweis, das schwingt auch hier wieder im Unterton mit, eignet sich nach Vorstellung der Vertriebenen natürlich nur die „Lösung der Sudetendeutschen Frage".

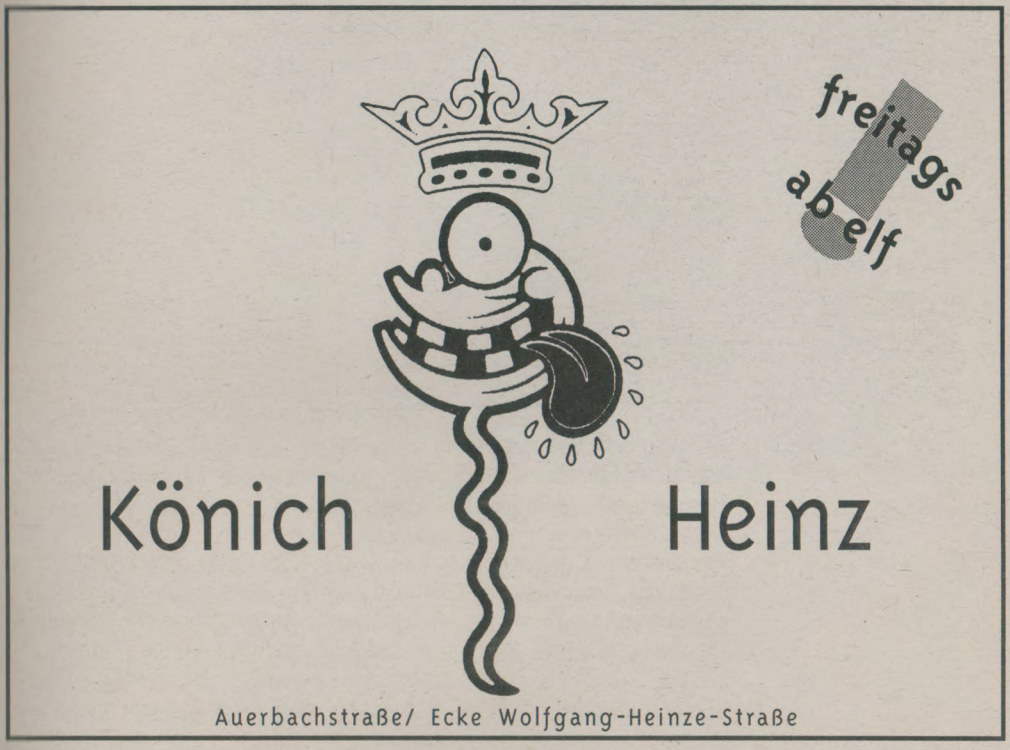
In das gleiche Horn, nur etwas schriller, bläst auch PaulLatussek, Landesvorsitzender des BdV Thüringen und BdV Vitzepräsident, wenn er vor über 2000 Vertriebenen auf einer Großkundgebung in Erfurt, am 3. Oktober 1994 unter dem Motto „Vier Jahre Deutsche Einheit - Die Vertriebenen in Mitteldeutschland" erklärt: „Der 3.Oktober hat (...) uns vor allem eine Aufgabe übertragen, die weit über diesen Tag hinaus geht und darin besteht, mit Selbstbewußtsein und dem Mut zur geschichtlichen Wahrheit unserer Nation wieder den Platz in der Völkergemeinschaft geben, der unserem Anspruch, unseren Traditionen und unserer Bedeutung als Kulturnation und Wirtschaftsmacht entspricht." und weiter: „Die Einbindung Polens und Tschechiens in ein vereintes Europa darf nicht ohne Berücksichtigung der Rechte der Deutschen in der Heimat verfolgen." Aber auch andere sorgen sich um „Das Bild des vereinten Deutschland als Kulturnation in einer sich wandelnden Welt"- so der Titel einer großen Anfrage vom 20.Dezember 1993 an den Bundestag, gestellt u.a. von den Abgeordneten Dorothee Wilms, Volkmar Köhler, Karl Lamers, Arno Schmidt, Olaf Feldmann und Bruno Menzel. Aus dem Fragetext: „Stellung und Ansehen des vereinten Deutschland in der Welt hängen nicht nur von seinem politischen Gewicht und seiner wirtschaftlichen Leistungskraft ab, sondern mindestens ebenso von seiner kulturellen Ausstrahlung. Deutschland solle weltweit auch als Kulturnation seine Rolle spielen und als solche wahrgenommen und geschätzt werden."

„Das Ansehen Deutschlands in der Welt und sein Gewicht in der internationalen Staatengemeinschaft bilden den Rahmen und bestimmen die Möglichkeiten unserer Außenpolitik. Sie schaffen die Vorraussetzungen dafür, daß außenpolitische Interessen auf bilateraler Ebene und multilateraler Ebene wirksam formuliert und erfolgreich durchgesetzt werden können."

Aus der Antwort der Bundesregierung: „Das Ansehen Deutschlands in der Welt und sein Gewicht in der internationalen Staatengemeinschaft bilden den Rahmen und bestimmen die Möglichkeiten unserer Außenpolitik. Sie schaffen die Vorraussetzungen dafür, daß außenpolitische Interessen auf bilateraler Ebene und multilateraler Ebene wirksam formuliert und erfolgreich durchgesetzt werden können."

Wenn mensch das von Reinhard Porzorny, von der Sudetendeutschen Landsmannschaft, bereits im Dezember 1961 beschriebene, taktische Verhältnis zwischen Bundesregierung und Vertriebenen kennt („Die Bundesregierung habe ihre Aufgaben, der BdV seine. Aber der BdV müsse um zwei Lautstärken lauter sein als die Bundesregierung einen Ton stärker werden könne.") weiß auch folgende Äußerung des damaligen BdV-Generalsekretärs Neuhoff aus dem Jahre 1973 richtig einzuordnen, der

forderte, daß „die Vertriebenen und ihre Verbände ihre Tätigkeit verstärkt auf die Kulturarbeit“ verlagern sollten, „nicht zuletzt, weil dort die zweite Schlacht um den deutschen Osten stattfindet.“
Die Regierenden in den letzden beiden Jahrzehnten haben diese Strategie beherzigt, die „Schlacht im deutschen Osten“ ist, von der Öffentlichkeit unbemerkt bzw. weitesgehend ignoriert, bereits voll im Gange.
Aufgabe antifachistischer Initiative muß es sein dies offenzulegen und die deutsche „Kulturarbeit im deutschen Osten“ als das zu demaskieren, was sie ist: Der neue deutsche Eroberungsfeldzug im Osten. Diesesmal eben eher mit Geld und Aktien statt mit Kanonen und Gewehren - das Ziel bleibt das gleiche:“Die Ordnung des Kontinents“ - nach deutschen Vorstellungen versteht sich.



Dealt die Autonome Antifa (M) mit „dem System“?

NO BLACK BLOCKS ANYMORE?

Unklar ist momentan, ob es tatsächlich einen Strafprozeß gegen 17 vermeintliche Angehörige der Autonomen Antifa (M) geben wird. Ihnen werden die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Verstöße gegen die Ordnung bei Demonstrationen vorgeworfen. Die Generalstaatsanwaltschaft Celle und die Staatsschutzkammer haben nämlich beim Lüneburger Landgericht ein neues Angebot für die Einstellung des Verfahrens unterbreitet. Die Angeklagten - oder wahlweise die Autonome Antifa (M) - sollen nunmehr erklären, daß sie ein für allemal „auf jegliche Organisierung sogenannter ‘Schwarzer Blöcke’ (...) verzichten.“ Außerdem hätten die Beschuldigten zusammen eine Geldbuße in Höhe von 51 000 Mark an eine noch zu bestimmende gemeinnützige Organisation zu zahlen.

Bereits vor gut einem Monat hatten Anklagebehörde und Gericht den Angeklagten einen ersten Deal zur Verfahrenseinstellung vorgeschlagen, der die Beschuldigten allerdings wesentlich teurer zu stehen gekommen wäre: In einer schriftlichen, Erklärung sollten sie nicht nur versichern, von der Bildung „Schwarzer Blöcke“ Abstand zu nehmen, sondern von Vermummung und „Straftaten“ überhazpt. Außerdem sollten sie auf die

Rückgabe von beschlagnahmten Unterlagen und Gegenständen - darunter Computeranlagen im Wert von mehreren zehntausend Mark - verzichten. Schließlich hätte die geldbuße 100 000 Mark betragen.
Von der Antifa (M) war dieses „Angebot" und damit eine „Distanzierung von der erfolgreichen antifaschistischen Politik in Südniedersachsen" kategorisch abgelehnt worden. Daraufhin hatte das Justizministerium in Hannover verlauten lassen, den Prozeß entgegen ursprünglicher Absichten nun doch am 14. August in einer umzubauenden Reithalle zu eröffnen.
Nach der Strafprozeßordnung (StPO) können Gerichte ein Strafverfahren vor oder während der Verhandlung entweder ohne Auflagen (§ 153) oder bei einem Schuldeingeständnis des oder der Abgeklagten gegen eine Geldbuße (§ 153a) einstellen. Irgendwelche Erklärungen sind in der StPO, an der sich auch eine Lüneburger Staatsschtzkammer wie die Lüneburger zu halten hat, nicht vorgesehen. Für Gericht und Staatsanwaltschaft macht eine Erklärung, wie sie jetzt gefordert wird, denn auch nur Sinn, weil sie so am besten den ihnen selbst, wie auch führenden Landespolitikern unangenehmen Prozeß vermeiden können. ohne ihr Gesicht zu verlieren. Von den ursprünglichen Vorwürfen gegen die Antifa (M) - unter anderem „Werbung für eine terroristische Vereinigung" - ist ohnehin nicht viel übriggeblieben. Und Anwälte der Angeklagten hatten bereits angekündigt, auch den Konflikt zwischen Landeskriminalamt und Göttinger Polizei wegen der Tolerierung von nach Meinung der Staatsanwaltschaft „kriminellen" Demonstrationen zum Prozeßthema zu machen.
Sollen aber nun jahrelange millionenschwere Ermittlungen und öffentliche Terroristen-Hatz, 1400 abgehörte Telefonate und 131 angesetzte Verhandlungstage ganz für die Katz' gewesen sein? „Rechtstreuen Bürgern", schreibt nun die Generalstaatsanwaltschaft Celle mit erstaunlicher Ehrlichkeit, sei es angesichts des betriebenen Ermittlungsaufwandes nicht zu vermitteln, wenn das Verfahren unter „kaum spürbaren Auflagen" eingestellt werde.
Wie die Antifa (M) auf die jüngste Offerte reagiert, wird noch diskutiert. Die Frage ist ja auch nicht leicht zu entscheiden. Droht doch bei einer Ablehnung des Angebots zumindestens die Eröffnung des Prozesses mit allen unangenehmen persönlichen Begleiterscheinungen, schlimmstenfalls sogar eine Verurteilung. Unabhängig von alldem erklärte die Antifa (M) schon mal, sie sehe sich „weiterhin der Bekämpfung der Wurzeln des Faschismus verpflichtet".
Quelle: junge Welt vom 12. Juni 1996

AKTUELL-AKTUELL-AKTUELL:
Der Strafprozeß gegen die 17 Angeklagten wird nicht stattfinden: Der Deal der Staatsanwaltschaft mit der Autonomen Antifa (M) beinhaltet folgende Auflagen: Zukünftige Berücksichtigung des Demonstrationsrechtes, jeder muß 3000 Mark an eine antifaschistische Gedenkstätte zahlen, Unterlagen und Dokumente werden dem Hanburger Institut für Sozialforschung zur Verfügung gestellt. Das Hauptverfahren und alle weiteren anhängigen Verfahren werden eingestellt, die bei diversen Razzien beschlagnahmten Computer erhalten die Betroffenen zurück. Näheres in der näxten Ausgabe der FRENTE!

·tiefer
·lang-
samer
·näher

offenes
antifa
plenum
conne
island
donnerstags
20 uhr